

Beginn: 10:04 Uhr

Präsidentin Carina Gödecke: Guten Morgen, meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich begrüße Sie alle ganz herzlich zu unserer heutigen Sitzung des Landtags Nordrhein-Westfalen. Es ist unsere 107. Sitzung in dieser Wahlperiode. Mein Gruß gilt auch unseren Gästen auf der Zuschauertribüne sowie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Medien.

Für die heutige Sitzung haben sich **elf Abgeordnete entschuldigt**; ihre Namen werden in das Protokoll aufgenommen.

Wir treten heute einmal ohne Vorbemerkungen in die Beratung der **Tagesordnung** ein.

Ich rufe auf:

1 Zusammenhalt stärken: Flüchtlinge aufnehmen und integrieren – eine gesamtstaatliche Aufgabe in gemeinsamer Verantwortung

Unterrichtung
durch die Landesregierung

In Verbindung mit:

Früh und umfassend: Was Nordrhein-Westfalen jetzt für die Integration von Schutzsuchenden tun muss

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 16/11225

Entschließungsantrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 16/11299 – Neudruck

In Verbindung mit:

Gelingende Integration von Flüchtlingen. Ein Integrationsplan für NRW.

Antrag
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/11229

Änderungsantrag
der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/11318

In Verbindung mit:

70 Jahre Landeszentrale für politische Bildung: Wir brauchen jetzt mehr politische Bildung für alle

Antrag
der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/11218

Der Chef der Staatskanzlei hat mir mit Schreiben vom 22. Februar dieses Jahres mitgeteilt, dass die Landesregierung beabsichtigt, den Landtag in der heutigen Plenarsitzung zu dem genannten Thema zu unterrichten.

(Unruhe)

Die Unterrichtung erfolgt jetzt durch den Minister für Arbeit, Integration und Soziales, Herrn Rainer Schmeltzer. – Der Herr Minister hat das Wort, und ich hoffe, auch Ihre Aufmerksamkeit, denn der Geräuschpegel ist heute Morgen ein bisschen hoch.

Rainer Schmeltzer, Minister für Arbeit, Integration und Soziales: Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Die Zuwanderung von Asylsuchenden, ihre Unterbringung und Versorgung sowie die Integration derjenigen, die eine Bleibeperspektive haben, sind Herausforderungen historischen Ausmaßes.

Über 1 Million Menschen suchten im vergangenen Jahr bundesweit um Asyl nach. Rund 330.000 Menschen sind zunächst nach Nordrhein-Westfalen gekommen, ein Teil davon wurde an andere Länder weitergeleitet. Über 230.000 Menschen sind in Nordrhein-Westfalen geblieben. Und das, liebe Kolleginnen und Kollegen, sind ausschließlich die Asylsuchenden. Hinzu kommen weitere, auch quantitativ bedeutsame Zuwanderungen.

Das heißt: Mehr Migration als 2015/2016 war in unserer an Migration reichen Landesgeschichte bisher nie. Wir haben das bewältigt, weil wir in guter nordrhein-westfälischer Tradition zusammengestanden haben – Land, Kommunen und Zivilgesellschaft, alle gemeinsam – dank einer enormen Kraftanstrengung von Land und Kommunen, dank des herausragenden Einsatzes unserer Hauptamtlichen auf allen Ebenen und dank des leidenschaftlichen Engagements von Tausenden von Ehrenamtlern, denen man bei jeder Gelegenheit danken muss. Das werde ich hiermit auch wieder tun: Dank an die vielen Tausenden von Ehrenamtlern für diese herausragende Leistung!

(Beifall von der SPD, der CDU, den GRÜNEN, und den PIRATEN)

Dank dieses gesamten Einsatzes haben wir den Flüchtlingen als ersten Schritt das gegeben, was sie am meisten brauchen: Schutz und Sicherheit, ein Dach über den Kopf und medizinische Versorgung.

Von Beginn an war uns klar, dass als zweiter Schritt die Integration derjenigen folgen muss, die bei uns bleiben werden. Die Landesregierung hat daher für

das Jahr 2016 insgesamt rund 4 Milliarden € für Unterbringung und Integration veranschlagt, davon mehr als die Hälfte für unsere Kommunen.

Kein Bundesland tut mehr, und wir tun das in allen Ressorts. Hier nur einige wichtige Beispiele:

Das Ressort der Kollegin Kampmann stellt 20 Millionen € für Brückenprojekte bereit, um Eltern und Kindern aus Flüchtlingsfamilien an institutionalisierte Betreuungsangebote heranzuführen. Gleichzeitig wird die Regelstruktur der Kindertageseinrichtungen mittels der Durchleitung von 431 Millionen € aus dem Betreuungsgeld des Bundes gestärkt.

Durch das im Dezember 2015 interfraktionell verabschiedete 5. Ausführungsgesetz zum SGB VIII ist die Unterbringung, die Betreuung und Versorgung von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen verbessert worden.

Das Ressort der Kollegin Löhrmann hat in diesem und im vorigen Jahr mehr als 5.700 zusätzliche Stellen an Schulen geschaffen. Diese kommen allen Schülerinnen und Schülern zugute. Im Bereich der offenen Ganztagschulen wurden rund 17.500 zusätzliche Plätze geschaffen. Besonders erfreulich ist, liebe Kolleginnen und Kollegen: Von den im Jahre 2015 eingesetzten Stellen sind schon über 90 % besetzt.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Außerdem verstärken wir – wie zu Recht von vielen gefordert wird – die multiprofessionellen Teams, obwohl dies keine Landesaufgabe ist. Wir alle wissen: Mit guter Bildung gelingt die Integration.

Das Ressort der Kollegin Schulze entwickelt mit den öffentlich-rechtlichen Hochschulen im Land ein Integrationsmodell für studienfähige und studieninteressierte Flüchtlinge. Ziel ist es, Strukturen für Beratungs-, Sprach- und Fachkurse an den Hochschulen aufzubauen, um Defizite in der Studierfähigkeit zu beheben und ein erfolgreiches Studium zu ermöglichen.

Das MIWF will darüber hinaus mit den im Nachtragshaushalt vorgesehenen zusätzlichen Mitteln in Höhe von über 6 Millionen € die Voraussetzungen dafür schaffen, dass künftige Lehrerinnen und Lehrer noch besser und umfassender im Bereich Deutsch als Zweitsprache qualifiziert werden.

Das Ressort des Kollegen Groschek hat zum Beispiel Maßnahmen initiiert, die die Schaffung von mehr erschwinglichem Wohnraum für alle durch die deutliche Optimierung der Förderkonditionen zum Ziel haben, und Maßnahmen, die Stadtquartiere unterstützen, die verstärkt Einwanderer dauerhaft aufnehmen. Ich nenne an dieser Stelle konkret das Sonderprogramm „Hilfen im Städtebau für Kommunen zur Integration von Flüchtlingen“, das allein mit 72 Millionen € unterlegt ist.

Das Ressort der Kollegin Steffens hat mit dem Innenministerium eine verpflichtende Regelung über die medizinische Erstuntersuchung und -versorgung von Flüchtlingen und Asylbewerbern erarbeitet sowie den Impfschutz deutlich verbessert, weil auch gesundheitliches Wohlbefinden eine Voraussetzung für gelingende Integration ist. NRW hat deshalb – auch hier wieder als erstes Flächenland – die elektronische Gesundheitskarte eingeführt. Jeder dritte Flüchtling in Nordrhein-Westfalen erhält diese Gesundheitskarte.

Für die vielen vom Krieg verletzten und vom lebensgefährlichen Fluchtweg traumatisierten Flüchtlinge haben wir den Zugang zur psychosozialen und therapeutischen Versorgung deutlich verbessert.

Das Ressort des Kollegen Duin ist in ständigem Dialog mit der NRW-Wirtschaft, um die Potenziale, die in der Flüchtlingswanderung liegen, zur Behebung von Fachkräftemangel und zur Stärkung der wirtschaftlichen Dynamik zu nutzen. Die gemeinsam vom Wirtschaftsminister und mir im Dezember 2015 durchgeführte Konferenz „Integration von Flüchtlingen durch Arbeit und Ausbildung“ war ein erster, war ein wichtiger Schritt auf diesem Wege. Weitere Gespräche, die bereits unmittelbar nach dem 14. Dezember begonnen haben, finden seitdem laufend statt, und Teilergebnisse werden zeitnah umgesetzt.

Ebenso haben wir die Ausbildung von Flüchtlingen zu einem wichtigen Thema im Rahmen des Ausbildungskonsenses gemacht, sowohl auf der Arbeitsebene als auch im Spitzengespräch. Das nächste Spitzengespräch findet bereits morgen statt.

Das Ressort des Kollegen Jäger hat die Flüchtlingsberatung im Lande quantitativ und qualitativ weiter ausgebaut und dabei auch Sorge dafür getragen, dass diese Angebote besser anschlussfähig an die Leistungen der allgemeinen Migrationsfachdienste sind.

Das, liebe Kolleginnen und Kollegen, sind nur einige Beispiele zum Iststand, die natürlich laufend weitergeführt werden. Wo immer nötig, werden wir angemessen reagieren und gegebenenfalls natürlich auch nachbessern.

Meine Damen und Herren, die stark steigenden Migrationszahlen erfordern auch eine Überprüfung und gegebenenfalls Anpassung der behördlichen und institutionellen Strukturen in den Kommunen.

Mein Haus fördert deshalb im Rahmen des Projekts „Einwanderung gestalten“ gezielt Kommunen, die ihre Strukturen im Sinne eines kommunalen Einwanderungsmanagements weiterentwickeln wollen. In enger Zusammenarbeit mit den Kreisen, den Städten und den Gemeinden haben wir unsere Infrastruktur weiter gestärkt. Vor Kurzem habe ich gemeinsam mit der Kollegin Löhrmann das 50. kommunale Integrationszentrum, und zwar im Kreis Coesfeld, eröffnet.

Unsere nordrhein-westfälische Integrationsinfrastruktur ist damit bundesweit einmalig, und sie erfährt über die Landesgrenzen hinaus Anerkennung. Nicht nur das: Wir werden von Länderkollegen gefragt, wie wir das gemacht haben, damit sie es in ihren Ländern übernehmen können.

Meine Damen und Herren, unsere kommunalen Integrationszentren und die landesweite Koordinierungsstelle sind der sichtbare Beleg dafür, dass Land und Kommunen in Nordrhein-Westfalen an einem Strang ziehen und Hand in Hand für mehr Integration und mehr Teilhabe arbeiten.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Das zeigt auch unser Programm „KommAn-NRW“. Hierfür wurden 13,4 Millionen € veranschlagt, davon 7 Millionen € allein zur Unterstützung des Ehrenamtes vor Ort. Unsere Informationsbroschüre „Ankommen in Nordrhein-Westfalen“ ist ein weiterer konkreter Beitrag zur Integration. Wir legen sie nicht nur in Deutsch, sondern auch in Englisch, Französisch, Arabisch, Dari, Farsi, Urdu und Tigrinisch auf und erreichen damit den Großteil der Flüchtlinge mit guter Bleibeperspektive.

Aber, liebe Kolleginnen und Kollegen, es gibt leider auch diejenigen, die gegen Recht und Gesetz verstoßen und das Angebot unseres Landes, hier friedlich und in Freiheit leben zu können, ausschlagen. Für unsere Teilhabe- und Integrationspolitik heißt das: Wir werden die Wertevermittlung als zentrale Aufgabe verankern. Gemeinsam mit der Landeszentrale für politische Bildung erstellen wir aktuell als eine Grundlage für diese Aufgabe eine Broschüre zur Wertevermittlung, die als deutliches Hilfsmittel vor Ort benötigt wird.

Mit den gestern im eingebrachten Nachtragshaushalt dafür vorgesehenen Mitteln werden wir die Voraussetzungen dafür schaffen, dass vor Ort Maßnahmen zur Vermittlung der hier geltenden Regel des respektvollen Miteinanders durchgeführt werden können. Mit „Vermittlung“ meine ich ganz deutlich den persönlichen Kontakt, das direkte Gespräch zur Darlegung unserer Werte in der Bundesrepublik Deutschland und die intensive Erörterung derer, damit nicht nur ein Gesetz in Arabisch übergeben wird, sondern damit wir es den Menschen Face to Face vermitteln können, meine Damen und Herren.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Wir sind stolz auf das friedliche Miteinander von Menschen mit und ohne Zuwanderungsgeschichte in Nordrhein-Westfalen. Das ist ein hohes Gut, und dieses Gut müssen wir gemeinsam mit Leidenschaft und Entschlossenheit verteidigen. Ich füge aber auch hinzu – das ist mir ganz wichtig –: Integration muss von den Zuwanderinnen und Zuwanderern auch gewollt werden. Sie müssen hierbei aktiv werden und

aktiv mitwirken. Das ist eine Voraussetzung für eine gelingende Integration.

Ohne Bildung und ohne Arbeit gibt es keine Integration. Die Bundesagentur für Arbeit und die Landesregierung hatten sehr frühzeitig das Programm „Early Intervention NRW+“ auf alle 30 Agenturbezirke in Nordrhein-Westfalen ausgedehnt – auch hier als erstes und lange Zeit auch als einziges Bundesland. Bei „Early Intervention NRW+“ wurde bereits vor der endgültigen Entscheidung über einen Asylantrag geprüft, welche Qualifikationen Flüchtlinge mit Bleibeperspektive mitbringen. Dieses Programm wurde inzwischen in die sogenannten Integration Points integriert, eine Initiative der Regionaldirektion Nordrhein-Westfalen der Bundesagentur für Arbeit, die von der Landesregierung und den kommunalen Spitzenverbänden maßgeblich unterstützt wird.

Asylsuchenden und Berechtigten wird auf diese Weise eine zentrale Anlaufstelle mit verschiedenen Behörden wie zum Beispiel der Arbeitsagentur, dem Jobcenter oder dem Ausländeramt angeboten. Der bundesweit erste Integration Point ist im September 2015 in Düsseldorf an den Start gegangen. Mittlerweile gibt es in jedem der 30 Agenturbezirke in Nordrhein-Westfalen mindestens einen Integration Point. Derzeit sind es 48, und weitere werden hinzukommen.

Auch diese Maßnahme, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist bundesweit einmalig. Unser Ziel dabei ist: Integration durch Ausbildung und Arbeit, durch Teilhabe, durch das Erleben von Werten und Normen. Die Landesregierung flankiert diese arbeitsmarktbezogenen Maßnahmen mit Basissprachkursen und zusätzlich mit alltagsorientierten Sprachkursen für die geflüchteten Menschen. Der gestern eingebrachte Nachtragshaushalt sieht weitere Plätze hierfür vor.

Alle unsere Initiativen und Maßnahmen dienen – das ist mir besonders wichtig – zwei gesellschaftlichen Zielen: erstens der Integration der Asylsuchenden mit Bleibeperspektive und der Asylberechtigten und zweitens der Sicherung des sozialen Friedens und des gesellschaftlichen Zusammenhalts in unserem Land.

(Beifall von Ingrid Hack [SPD])

Wichtig ist mir aber auch der folgende Hinweis: Kein einheimischer Bürger und keine einheimische Bürgerin wird durch die Hilfen für Asylsuchende schlechtergestellt. Keinem Einheimischen geht etwas verloren, wenn wir Flüchtlingen helfen, meine Damen und Herren.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN – Christian Lindner [FDP]: Das müssen Sie Herrn Gabriel sagen! – Gegenruf von Jochen Ott [SPD]: Der sagt das Gleiche wie wir hier!)

Im Gegenteil: Wir alle gewinnen dadurch, dass Kommunen, Nachbarschaften, Schulen, Kindergärten und andere Bildungseinrichtungen unterstützt werden. Wir stärken so die Leistungsfähigkeit unseres Gemeinwesens.

Einzelne Gruppen der Bevölkerung dürfen nicht gegen andere ausgespielt werden. Eine Spaltung der Gesellschaft lassen wir nicht zu.

(Vereinzelt Beifall von der SPD – Christian Lindner [FDP]: Das muss an Sigmar Gabriel geschickt werden!)

Meine Damen und Herren, das Land tut viel. Klar ist aber auch: Die Länder insgesamt brauchen mehr Unterstützung durch den Bund. Das sehen übrigens alle Länder so. Auf den bisherigen Konferenzen der Regierungschefs und Regierungschefinnen der Länder wurde viel erreicht. Das ist aber noch nicht genug. Was wir nach dem Asylpaket I und dem Asylpaket II dringend benötigen, ist jetzt auch ein Integrationspaket für die Flüchtlinge, die hierbleiben werden.

Die Einigung der Bundeskanzlerin mit den Regierungschefinnen und Regierungschefs über die Einrichtung einer Bund-Länder-Arbeitsgruppe zur Integration von Flüchtlingen ist deshalb ausdrücklich zu begrüßen. Um die Arbeit dieses Gremiums wirksam zu unterstützen, haben wir am vergangenen Freitag gemeinsam mit Rheinland-Pfalz, Niedersachsen und Schleswig-Holstein eine Entschließung in den Bundesrat eingebracht, die denselben Titel trägt wie die heutige Unterrichtung.

Darin schlagen wir konkrete Verbesserungen vor, mit denen wir die Integration der Flüchtlinge mit Bleibeperspektive weiter voranbringen können, und diese Initiative ist ausdrücklich als Unterstützung für die Bund-Länder-Arbeitsgruppe zu sehen.

Eine Forderung unserer Entschließung vom vergangenen Freitag möchte ich besonders herausgreifen: die Verbesserung der Qualität und Quantität der Integrationskurse des Bundes. Wir setzen uns dafür ein, dass der jetzt 60 Stunden umfassende Orientierungskurs auf 100 Stunden erhöht wird. Das Bundesamt muss für die Integrations- und Orientierungskurse aber auch ausreichend Plätze zur Verfügung stellen. Es kann nicht sein, dass Flüchtlinge derzeit immer noch wochenlang auf ihren Kurs warten müssen.

Ich werde dieses Problem der Integrationskurse auf der nächsten Konferenz der Integrationsminister am 16. und 17. März ansprechen, und ich bin davon überzeugt, dass zehn Jahre nach Einführung der verpflichtenden Integrationskurse durch das Zuwanderungsgesetz auf Bundesebene die Zusammenarbeit zwischen BAMF, Ländern und Kommunen noch deutlich verbessert werden kann und deutlich verbessert werden muss. Die Zahnräder greifen hier noch nicht optimal ineinander.

Ein weiterer Punkt unserer länderübergreifenden Initiative: Noch immer gibt es Benachteiligungen, Hindernisse und Förderungslücken, die nicht mehr in die Zeit passen. Es ist doch keinem Außenstehenden erklärbar, dass seit Oktober 2015 den Asylsuchenden mit guter Bleibeperspektive die frühzeitige Arbeitsförderung zugänglich ist, aber die Leistungen der Ausbildungsförderung, wie zum Beispiel das wichtige Instrument der berufsvorbereitenden Bildungsmaßnahmen, erst nach fünf Jahren Aufenthalt eröffnet werden. Wenn doch klar ist, dass ein Flüchtling eine Bleibeperspektive hat, dass er zu uns, zu dieser Gesellschaft, gehören wird, dann sehe ich nicht ein, dass wir ihn schlechter behandeln als einheimische Auszubildende oder einheimische Studierende.

(Beifall von der SPD, den GRÜNEN und den PIRATEN – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Deswegen haben wir dieses Problem auch in der Bundesratsentschließung thematisiert.

Gleichzeitig wurde auf Initiative von Nordrhein-Westfalen die Aufenthaltserlaubnis für die Ausbildung, die sogenannte 3-plus-2-Regelung, seitens der Koalition in Berlin aufgenommen. Ich würde mich sehr freuen, Herr Kollege Laschet, wenn Sie in Berlin Einfluss in Ihrem Teil der Koalition darauf nehmen könnten, dass hier die Statusfragen eben keine Rolle spielen, sondern vielmehr die Umsetzung dieser einvernehmlichen Einigung auf Koalitionsebene im Sinne der jungen Flüchtlinge, aber auch ausdrücklich im Sinne der Wirtschaft erfolgen muss.

Wir müssen den begonnenen Perspektivwechsel konsequent weitergehen. Um es klar auszudrücken: Der Flüchtling in Ausbildung ist ein Auszubildender, die schutzsuchende Syrerin im Studium ist eine Studentin. Genau so sollten wir die Menschen auch sehen, und wir sollten sie auch so behandeln, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall von der SPD, den GRÜNEN und den PIRATEN)

Es geht also nach der Anerkennung um die möglichst vollständige Gleichstellung. Ich bin froh, dass der Bundesrat unserer gemeinsamen Initiative am vergangenen Freitag zugestimmt hat. Das zeigt, dass wir richtig liegen.

(Michele Marsching [PIRATEN]: Nein, da liegen Sie nicht richtig!)

Aufgrund der stetig steigenden Zahl anerkannter Flüchtlinge und der Höhe der Kosten für die Unterbringung der Menschen droht den Kommunen das Aus. Sie leisten Erhebliches. Das Leistbare wird dadurch überstiegen. Deshalb hat der Bundesrat die Bundesregierung aufgefordert, sich kurzfristig deutlich stärker als bisher an den Kosten der Unterkunft zu beteiligen.

Aber wir fordern ganz grundsätzlich, dass die dringend notwendigen zusätzlichen Leistungen, sprich Gelder, für Flüchtlinge in den betroffenen Ressorts nicht durch Umschichtungen im eigenen Etat zulasten bislang schon sozial benachteiligter Menschen erbracht werden müssen, etwa wenn notwendige Mittel für den Arbeitsmarkt laut Bundesfinanzminister aus dem eigenen Ressort zum Beispiel durch Kürzung der Mittel zur Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit finanziert werden sollen. Das wäre eine bundesfinanzpolitisch gesteuerte Spaltung der Menschen, und das muss verhindert werden.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN – Jochen Ott [SPD]: So ist das!)

Die gesamtstaatliche Verantwortung für die Integration von Flüchtlingen muss sich auch in einem modernen Einwanderungsgesetz wiederfinden. Es muss dabei zu einer fairen Aufteilung der Aufgaben und der Lasten zwischen Bund, Ländern und Kommunen kommen.

Meine Damen und Herren, es gibt in Nordrhein-Westfalen die gute Tradition und Praxis der integrationspolitischen Zusammenarbeit. Das unterscheidet unser Land positiv von anderen. Einwanderungs- und Integrationsthemen eignen sich nicht für Populismus. Erkennbarer Ausdruck unserer Zusammenarbeit hier in Nordrhein-Westfalen sind die Integrationsoffensive von 2001, der Aktionsplan Integration von 2006 und das Teilhabe- und Integrationsgesetz, das ohne Gegenstimmen im Landtag verabschiedet wurde und am 1. Januar 2012 in Kraft getreten ist.

In ihrem Antrag „Gelingende Integration von Flüchtlingen“ ...

Präsidentin Carina Gödecke: Die Redezeit.

Rainer Schmeltzer, Minister für Arbeit, Integration und Soziales: ... verweisen die Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen ausdrücklich auf diese gute Zusammenarbeit. Sie sprechen sich des Weiteren dafür aus, einen Integrationsplan für Nordrhein-Westfalen ins Leben zu rufen, der die bisherigen integrationspolitischen Maßnahmen ergänzt und auch entsprechend weiterentwickelt.

Ich halte dies für einen sinnvollen, für einen notwendigen Schritt zur zukunftsfesten Gestaltung des Einwanderungslandes Nordrhein-Westfalen. Und es ist auch sinnvoll, wenn das Parlament heute diesen Antrag in annähernd alle Fachausschüsse überweist. Damit ist die dezidierte Berücksichtigung aller fachpolitischen Aspekte gewährleistet, und das ist angesichts der Vielzahl und der Vielfalt der zu regelnden Aufgaben, wie sie in den fünf Handlungsfeldern definiert werden, dringend erforderlich.

Eine gute Grundlage für die Arbeit der Ausschüsse ist auch unser Teilhabe- und Integrationsbericht, den

wir derzeit aktuell im Integrationsausschuss behandeln. Für die spätere Umsetzung der Eckpunkte, die Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen, dann entwickeln werden, haben wir mit der interministeriellen Arbeitsgruppe Integration das ressortübergreifende Gremium, das für die kompetente und zügige Umsetzung steht. Ich hoffe, dass der Antrag der Koalitionsfraktionen nach den umfangreichen Beratungen in diesem Haus die breite Unterstützung erfährt, die er letztendlich auch verdient.

Lassen Sie uns ein Signal ins Land senden, das deutlich macht: Der Integrationskonsens in Nordrhein-Westfalen lebt.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Das heißt ja nicht, dass wir aufhören sollen, über den richtigen Weg zu streiten. Schließlich ist Streit grundsätzlich nichts Schlechtes. Im Gegenteil: Er kann sehr produktiv sein. Aber wir müssen deutlich machen, dass wir uns in diesem Haus über das Ziel einig sind, mehr Teilhabe und mehr Integration zu fördern.

Meine Damen und Herren, gestatten Sie mir zum Abschluss einige Worte zum Entwurf des bayerischen Integrationsgesetzes, das vom dortigen Kabinett letzte Woche gebilligt wurde. Im bayerischen Gesetzentwurf ist viel die Rede – ich zitiere – „von gewachsenem Brauchtum, von Sitten und Traditionen“, „von den in der heimischen Bevölkerung vorherrschenden Umgangsformen“, von der im Rahmen des „Gastrechts unabdingbaren Achtung der Leitkultur“. Meine Damen und Herren, als Westfale erlaube ich mir die zaghafte Kritik: Etwas weniger Barock und etwas mehr Weltoffenheit hätten hier nicht geschadet.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

An unser nordrhein-westfälisches Teilhabe- und Integrationsgesetz reicht das bayerische Gesetz nicht heran. Das haben wir in Nordrhein-Westfalen besser hinbekommen. Das wollen wir auch künftig besser machen. Lassen Sie uns das gemeinsam tun, wie 2001 begonnen – für eine gute, für eine gelingende Integration hier bei uns in Nordrhein-Westfalen. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Minister Schmeltzer. – Liebe Kolleginnen und Kollegen, damit haben wir die Unterrichtung gehört und kommen zur Aussprache. Ich will Ihnen gerne mitteilen, dass der Minister seine Zeit zur Einbringung der Unterrichtung um 3:10 Minuten überzogen hat. Dies werden wir natürlich entsprechend bei der Aussprache berücksichtigen. – Nun spricht Frau Kollegin Altenkamp für die SPD-Fraktion.

Britta Altenkamp (SPD): Vielen Dank. – Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir führen heute eine wirklich wichtige Debatte. NRW hat bislang etwa 200.000 Flüchtlinge aufgenommen. Rund 13.000 davon sind unbegleitete minderjährige Flüchtlinge. 80 % der Flüchtlinge sind unter 35 Jahre alt. NRW erfüllt damit seine Pflicht mehr als ausreichend.

Andererseits bedeuten diese Zahlen aber auch: Das ist eine Riesenchance für unser Land, aber ohne Zweifel auch eine sehr große Herausforderung. Lassen Sie mich zunächst einmal sagen, dass ich es für wichtig halte, dass wir trotz der Menge an Menschen, die im Augenblick nach Deutschland und auch nach Nordrhein-Westfalen strömen, nicht vergessen, den Blick auf den Einzelnen zu lenken. Wir sollten versuchen, in der Debatte die Flüchtlinge aus dem Objektstatus in den Subjektstatus zu bringen. Das ist wichtig, um überhaupt über Integration sprechen zu können; denn es geht immer individuelle Lebenswege, um individuelle Zugangswege.

NRW fängt bei der Integration von Zuwanderern nicht bei null an. NRW hat große Erfahrungen bei der Integration – übrigens auch und vor allen Dingen bei der gelingenden Integration.

(Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN)

Der Minister hat es schon gesagt: 2001 haben wir in diesem Haus fraktionsübergreifend die Integrationsoffensive beschlossen. Seitdem herrscht in diesem Haus Konsens, in welchen Feldern Integration politisch vorangebracht werden muss.

Damals wie heute sind es die gleichen fünf Felder – diese finden sich auch in unserem Antrag wieder –: Ankommen und erste Maßnahmen, Sprache und Bildung, Arbeit und Weiterbildung, Quartiere und Wohnen, gesellschaftlicher Zusammenhalt und da – das ist damals so gewesen und auch heute so – vor allen Dingen die Frage: Mit welcher Religion kommen die Menschen zu uns, und wie können wir es ermöglichen, dass die Freiheit der Religionsausübung, ein wichtiges Prinzip unseres Staates, auch für diese Menschen uneingeschränkt gilt?

Zur Umsetzung dieser Handlungsfelder brauchen wir die Kommunen. Das ist ohne Zweifel wichtig und richtig.

Zunächst will ich aber noch einmal etwas über unser Leitbild bei der Integration sagen. Integration ist für uns ein Prozess auf Gegenseitigkeit. Wir verlangen keine Assimilation, noch nicht einmal Anpassung, sondern unser Prinzip ist ein abgewogenes Konzept von Fördern und Fordern.

Wir haben aus den Fehlern der 90er-Jahre gelernt. Wir setzen so schnell und so früh wie möglich an. Kinder erhalten so schnell wie möglich Zugang zu Kita und Schule. Der Zugang zu Ausbildung und Ar-

beit wurde durch das Asylpaket I erleichtert. Das Angebot an Sprachkursen wurde, was die Zahl und die Palette angeht, erhöht und erweitert. Natürlich ist da Luft nach oben. Aber Grundvoraussetzung für alles, was wir weiterhin diskutieren, ist, dass insbesondere – der Minister hatte es schon gesagt – die die Registrierung und damit den Zugang zu bedarfsge-rechten Angeboten für die Menschen, die bei uns leben, verbessert und beschleunigt werden.

Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, für uns ist aber auch klar: Wer bei uns dauerhaft leben will, muss sich zum Grundgesetz, zu unserer Demokratie und zu unseren Werten bekennen. Wir erkennen die Leistung der Migranten in unserer Gesellschaft, ihren Platz zu finden, an. Sie haben einen individuellen Anspruch darauf, dass man ihnen Chancen bietet und dass sie in unserer Gesellschaft teilhaben können. Aber sie müssen bereit sein, ebendiese Leistung auch zu erbringen.

Klar ist: Wir sind uns sicher, dass gelingende Integration ein Gewinn für die aufnehmende Gesellschaft werden kann, aber vor allen Dingen für die Menschen, die Schutz und eine bessere Zukunft für sich und ihre Familien bei uns suchen.

Wir wissen aber auch: Integration ist eine lange Wegstrecke, auf der es immer wieder zu Problemen und auch zu Missverständnissen kommen kann und wird – auf beiden Seiten übrigens. Auch das muss klar sein. Deshalb sind gerade die Angebote, die erklären und darstellen, was unsere Grundwerte sind, was unsere kulturprägenden Angebote sind und wie unsere Gesellschaft funktioniert, so wichtig für die Menschen, die zu uns kommen.

Aber der größte Fehler wäre es, sich nicht auf diese Wegstrecke zu machen. Das ist der Anspruch, den wir an uns als Politikerinnen und Politiker stellen sollten und den wir auch an die Menschen in unserem Land stellen sollten. Den Menschen die Angst zu nehmen, dass es nicht gelingen könnte oder dass es sich nicht lohnen könnte, die Menschen, die zu uns kommen, in unsere Gesellschaft zu integrieren, ist aus meiner Sicht eine unserer wichtigen Aufgaben. Wir müssen Teilhabechancen für alle Menschen in unserem Land bieten.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

„Ohne Angst und ohne Träumerei“: Dieser Anspruch von Johannes Rau sollte das Markenzeichen für die Integrationspolitik in Nordrhein-Westfalen werden.

Deshalb stellen wir heute unseren Integrationsplan vor und bringen ihn in die Diskussion ein. Das Wichtigste für die Bürgerinnen und Bürger in NRW, aber auch für die nach NRW Flüchtenden ist, dass wir deutlich machen: Wir gehen planvoll vor.

Was wir heute zur Diskussion stellen, ist vielfach ohne Zweifel nicht neu. Warum auch? Wir haben in

NRW eben die Erfahrungen damit, was für gelingende Integration notwendig ist. Vieles ist schon auf den Weg gebracht worden. Der Minister hat es gesagt. Das wird auch in unserem Antrag deutlich.

Der 15-Punkte-Plan für mehr innere Sicherheit sieht vor: 20 Millionen € für die Betreuung der Kinder in Flüchtlingsfamilien, Verbesserung der Versorgung der unbegleiteten Minderjährigen, weiterer Ausbau bei U3 und Ü3, 5.700 Lehrerstellen, 1.300 Willkommensklassen, mehr Plätze in der offenen Ganztagschule, flächendeckender Ausbau der Integration Points zur Verbesserung der Vermittlung in Arbeit, Fachberatung zur Verbesserung der im Ausland erworbenen Abschlüsse, Förderprogramme zur Schaffung von Wohnraum, Städtebausonderprogramme in Höhe von rund 72 Millionen € pro Jahr, Stärkung und Unterstützung des Ehrenamts bei der Flüchtlingshilfe und, und, und.

Wir lehnen uns nicht zurück, sondern sagen: Das ist ein Anfang. Aber es ist noch mehr nötig – nicht nur, aber eben auch monetär.

Natürlich gibt es insbesondere aus den Reihen der Oppositionsfractionen immer wieder die Diskussion, dass alles nicht reicht und nicht schnell genug geht. Das ist in Ordnung. Es natürlich auch ein Teil Ihrer Rolle, uns anzutreiben und zu sagen, das müsse besser oder schneller werden. Aber ich bitte Sie, in der Diskussion – auch mit Blick auf die Tradition hier im Hause – nicht allzu schnell in parteipolitische Reflexe zu verfallen.

(Zurufe von der CDU)

Wir laden alle Fraktionen und alle Abgeordneten ein, sich an der Entwicklung dieses Integrationsplans für NRW zu beteiligen. Dabei können wir an die Integrationsoffensive aus dem Jahr 2001 anknüpfen. Ich war damals persönlich daran beteiligt. Wir können auch an den Aktionsplan aus dem Jahr 2006 anknüpfen, an dem ich auch persönlich beteiligt war. Ich habe die Hoffnung, dass wir auch diesmal gemeinsam für die Menschen einen Schritt weiterkommen.

Es ist klar, dass wir die Kommunen als Partner für den Erfolg der Integration in Nordrhein-Westfalen brauchen. Deshalb werden wir die Kommunen auch weiterhin bei der Entwicklung der kommunalen Integrationskonzepte unterstützen. Wir sehen eine Verantwortungsgemeinschaft von Bund, Land und Kommunen. Nur so kann Integration gelingen.

Herr Dr. Stamp, ich sehe in Ihrem Entschließungsantrag viele Punkte, bei denen ich glaube, dass wir sehr positiv an das anknüpfen können, was in dieser Diskussion inhaltlich auch notwendig ist. Lassen Sie uns konkret werden. Das sehe ich in Ihrem Antrag. Das hilft den Menschen und den Geflüchteten in NRW. Lassen Sie uns sagen: Wir in NRW können Integrationspolitik. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Frau Kollegin Altenkamp. – Für die CDU-Fraktion hat jetzt Herr Kollege Kuper das Wort.

André Kuper (CDU): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Sie, meine Damen und Herren von den regierungstragenden Fraktionen, legen heute hier einen groß angekündigten Antrag vor. Sie nennen ihn „Integrationsplan“, „einzigartig in Deutschland“ und „fortschrittlich“; so meinen Sie. Das mag vielleicht von der Überschrift her so sein. Andere Länder benennen es bescheidener, haben ihre Integrationskonzepte oder Maßnahmenpakete aber zum Teil schon länger als ein halbes Jahr fertig und sind in der Umsetzung, sodass Gesetze sogar endgültig beschlossen sind. Das heißt, sehr geehrte Damen und Herren der Landesregierung und von SPD und Grünen: Sie sind wieder einmal spät dran.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von der FDP)

Wenn man nach dem Warum fragt, hat man schnell eine Erklärung. Sie haben die Integration nämlich deshalb so lange vernachlässigt, weil Sie immer noch damit beschäftigt sind, Ihr Organisationsversagen bei der temporären Erstaufnahme der Flüchtlinge zu beseitigen und aus dem Notfallmodus herauszukommen.

(Beifall von der CDU)

Zum Beispiel ließen Sie die Flüchtlinge im letzten Jahr zuerst in völlig überlastete Erstaufnahmeeinrichtungen in Dortmund und Bielefeld bringen, holten sich dann die fehlenden Landesplätze per Ordnungsverfügung von den Kommunen, verteilten die Flüchtlinge monatelang ohne jede Ersterfassung in Notunterkünften und bauten dann Registrierungsstraßen zur Nachregistrierung auf, die wiederum nach Monaten durch sogenannte Ankunftscentren verdrängt wurden. Nun planen Sie ab dem Sommer eine Landeserstaufnahme in Bochum, die wieder nur vorregistriert. Sie haben weiterhin mehrere 10.000 Plätze in Notunterkünften der Kommunen und kommen mit dem Ausbau Ihrer eigenen Einrichtungen nur schleppe voran.

Weiterhin versammeln Sie eine gerechte Verteilung der Flüchtlinge im Land. Einige Kommunen erfüllen ihre Aufnahmequote nur zu 59 %, während andere zum Beispiel bei 115 % sind und damit deutlich über 100 % liegen.

Last, but not least: Während Sie beim FlüAG nach außen eine einheitliche Kostenerstattung von 10.000 € je Flüchtling vermarkten, wird aufgrund Ihrer zu 90 % pauschalen Verteilung nach Einwohnern eine nicht zu akzeptierende ungerechte Verteilung an die Kommunen bewirkt. So beträgt bei Ihrer Kostenerstattung je Flüchtling beispielsweise die Spreizung im Kreis Soest zwischen 5.500 € und 77.000 €.

Wenn das für Sie Verteilungsgerechtigkeit ist, dann spricht das Bände.

(Beifall von der CDU)

Meine Damen und Herren, solange kein vernünftiges Aufnahmeverfahren besteht und solange Tausende kommunaler Unterbringungsplätze vom Land belegt werden,

(Jochen Ott [SPD]: Wir diskutieren über das Thema! Lächerlich!)

wird es für unsere Kommunen schwierig werden, sich endlich vollends und ganz auf die Daueraufgabe der Integration der hier bleibenden Menschen zu konzentrieren.

(Jochen Ott [SPD]: Echt bitter!)

Es gilt, zu bedenken, dass unsere Kommunen – wie bei vielen anderen gesellschaftlichen Aufgaben – aufgrund ihrer Bürgernähe die Handlungsebene sind, auf der Integration vor allem stattfindet.

Deshalb gilt es, für die Zukunft zwei zentrale Handlungsfelder der kommunalen Integrationsarbeit zu definieren.

Das erste Handlungsfeld sind die Integrationsmaßnahmen,

(Zuruf von Marc Herter [SPD])

welche die Kommunalverwaltungen selbst erbringen.

Das zweite und mindestens genauso bedeutende, wenn nicht noch entscheidendere Handlungsfeld ist die Aktivierung und Koordinierung von Bürgerschaft, Wirtschaft und Ehrenamt für die Integration. Integration ist das A und O des gesellschaftlichen Zusammenhalts.

(Beifall von der CDU – Zuruf von der SPD: Schöne Sonntagsrede!)

Dabei ist die Frage, wie die Gesellschaft funktioniert und der Zusammenhalt auch in Zukunft gesichert werden kann, von zentraler Bedeutung.

Gleichzeitig geben Entwicklungen wie die Ereignisse der Silvesternacht in Köln aber auch Anlass zur Sorge. Die Auswirkungen solcher Vorkommnisse für unsere Ansprüche an Integration müssen intensiv diskutiert werden. Wir brauchen eine deutlich stärkere Auseinandersetzung über das, was Integration leisten kann,

(Zuruf von der SPD: Dann fangen Sie einmal an!)

und das, was Integration auch verlangen kann.

Dabei geht es um das eben angesprochene Fördern und Fordern in Richtung der Zuwanderer, sich als Teil einer Wertegemeinschaft zu begreifen und auch einen Willen zur Teilhabe zu entwickeln. Fundamente sind die Werte unseres Grundgesetzes, aber

auch die Anerkennung der spezifischen kulturellen Aspekte unseres Landes wie zum Beispiel Verständnis und Respekt vor der leidvollen deutschen Geschichte und daraus resultierender Verantwortung.

Meine Damen und Herren, wir haben aber auch viele Punkte der Einigkeit. Wo sind wir uns beispielsweise einig?

Die Integration anerkannter Flüchtlinge und Asylsuchender mit guter Bleibeperspektive ist eine der großen Herausforderungen der Landespolitik der nächsten Jahre. Darin sind wir uns alle einig. Wir müssen heute die Weichen für eine vorausschauende Integrationspolitik stellen. Das ist Aufgabe aller staatlichen Ebenen.

Eine erfolgreiche Eingliederung in unsere Gesellschaft ist unerlässlich für den Erhalt des sozialen Friedens im Land.

(Zuruf von der SPD: Das ist ja ganz neu!)

Schaffen wir es, Flüchtlingskinder und Heranwachsende gut auszubilden und möglichst viele Flüchtlinge in den Arbeitsmarkt zu integrieren, sinken zudem die Folgekosten.

(Zuruf von der SPD: Nicht so konkret, bitte!)

Die Schlüssel sind Sprache, Bildung und Arbeit sowie die gemeinsamen Wertegrundlagen unseres Zusammenlebens.

Sie haben zuvor medial und auch heute hier noch einmal eine Einladung zum Konsens ausgesprochen. Konsens in der Integrationspolitik hat in unserem Land Tradition.

(Beifall von Minister Michael Groschek)

Das ist auch gut so. Die Integrationsoffensive des Jahres 2001 haben wir gemeinsam getragen. Auch danach wurde das Thema aus dem Wahlkampf herausgehalten. Aus unserer Sicht, aus meiner Sicht war das gut für unser Land.

Wir haben in Nordrhein-Westfalen ein anderes Klima als in anderen Bundesländern. Pegida existiert bei uns quasi kaum noch. Die AfD war bei der Europawahl schwächer als anderswo. Die AfD ist in Umfragen nicht auf dem Niveau anderer Länder. Meine Damen und Herren, das gilt es zu bewahren. Deshalb ist es auch richtig, sich der AfD zu stellen und die aktive Auseinandersetzung zu suchen.

Zugleich muss der Eindruck der letzten Monate, dass ein gemeinsames Vorgehen seitens Grün-Rot in NRW nicht gewollt ist, auch nicht in der Integrationspolitik, beseitigt werden. Ist das von Ihnen also jetzt ein ernsthaftes Angebot oder nur ein taktischer Schachzug?

(Zuruf von den GRÜNEN)

Bei uns lösen Ihre Maßnahmen Zweifel aus. Ein großer Plan für NRW wird von langer Hand vorbereitet, eingebracht und heute medial verkauft. Eine Einladung an die Opposition wird hier und heute erst nachgeschoben. Ist das parlamentarische Zusammenarbeiten und Gemeinsamkeit?

(Beifall von der CDU und der FDP)

Auch in der Integrationspolitik bewegen Sie sich eigentlich nur, wenn eine Krise Sie dazu zwingt.

(Zuruf von den GRÜNEN: Oh! Mein Gott!)

Das erste Beispiel: Den Flüchtlingsgipfel gab es erst nach den Geschehnissen in Burbach.

Das zweite Beispiel: die Unterrichtung und der Antrag nach der Silvesternacht in Köln – übrigens wieder ein Versagen des Innenministers. Wieder sind Menschen Opfer von Straftaten geworden. Wieder schaut die Welt auf Nordrhein-Westfalen. Wieder ist der Ruf des Landes in Mitleidenschaft geraten. Da kommen Sie dann mit Ihrer Unterrichtung aus der Versenkung.

Diese Methode „Kraft“ ist nicht das, was wir uns planvoll, vorausschauend und visionär vorstellen, sondern das ist eher kraftlos.

(Beifall von der CDU – Zuruf von den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, wer wirklich etwas voranbringen will, wer gestalten will, läuft nicht hinterher oder wartet, bis ihn die Ereignisse einholen, sondern weiß, was er in diesem Land vorhat und wie er diese Ziele erreichen will.

Wir haben seit dem ersten Flüchtlingsgipfel in 30 Anträgen und Positionspapieren dargelegt, wie Nordrhein-Westfalen mit dem Zuzug von Flüchtlingen umgehen muss,

(Jochen Ott [SPD]: Leider nicht!)

damit wir den Menschen gerecht werden und zugleich als Land davon profitieren können.

Jedes dieser Dokumente war ein Angebot,

(Jochen Ott [SPD]: Können wir die einmal sehen?)

dass unser Land wieder zum Integrationsland Nummer eins wird.

(Jochen Ott [SPD]: Mit keinem einzigen Vorschlag!)

Und wie sind Sie damit umgegangen? Das Schema war immer gleich: Empörung, Ablehnung und mit zeitlichem Abstand Übernahme unter eigenem Siegel als eigener Vorschlag – so auch jetzt aktuell in Ihrem Integrationsplan nachzulesen.

(Beifall von der CDU)

Mit dem von uns zur heutigen Sitzung eingebrachten Antrag legen wir Ihnen zur Erinnerung

(Zuruf von der SPD: Plan A2! Jetzt wissen wir es!)

noch einmal ein Kondensat dieser Überzeugungen vor. Kollegin Güler wird später noch darauf eingehen.

Nicht einig sind wir uns bisher auch bei Ihren Prioritätensetzungen. Wir meinen, dass insbesondere die Finanzierung und Entlastung der Kommunen eine Rolle spielen muss und es auch einer entsprechenden Umsetzung des Asylpakets bedarf.

(Zuruf von der SPD: Genau!)

Worauf werden wir achten? Erstens darauf, wie die Prioritäten bei Ihnen jetzt gesetzt werden –

(Zuruf von der SPD: Ich denke, Sie wollen mitmachen!)

nämlich auf das Wichtige statt auf alles Mögliche.

Zweitens werden wir den Fokus auf die Landespolitik legen. Wenn sich jede zweite Forderung nur an den Bund richtet, stimmt die Gewichtung nicht.

Das Wichtigste im dritten Punkt wird das Ziel der Entlastung der Kommunen sein, weil die Integration vor Ort gelingen muss.

Meine Damen und Herren, wie ich schon angedeutet habe, sind wir offen für Gespräche. Für die CDU-Fraktion ist bei aller Lust am politischen Wettbewerb der Konsens in der Integrationspolitik ein hohes Gut.

(Beifall von der CDU)

Wenn Sie, meine Damen und Herren von den regierungstragenden Fraktionen, in diese Richtung wollen, verschließen wir uns nicht. Aber die Formulierung eines Integrationsplanes muss ein gemeinsamer Arbeitsprozess sein. Wir erwarten das klare Bekenntnis, zu gemeinsamen Lösungen kommen zu wollen. Unter diesen Voraussetzungen stehen wir für ernsthafte, an der Sache orientierte Beratung in den Fachgremien zur Verfügung. Im Ergebnis werden wir Sie allein an Ihren Taten messen und nicht an Ihren Worten. – Danke schön.

(Beifall von der CDU – Zuruf von Jochen Ott [SPD])

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Kuper. – Die nächste Rednerin für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ist Frau Kollegin Velte.

Während sie zum Rednerpult kommt, möchte ich Sie darüber informieren, dass es zum Antrag der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen zwischenzeitlich den Änderungsantrag der Fraktion der Piraten Drucksache 16/11318 gibt. Er wird offensichtlich gerade verteilt, ist aber auch schon in der

Livetagesordnung vermerkt und kann dort eingesehen werden.

Frau Kollegin Velte, bitte.

Jutta Velte (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Damen und Herren! Herr Kuper, es ist schön, dass Sie doch noch irgendwie die Kurve bekommen haben. Als Sie Ihre Rede angefangen haben, haben Sie ja etwas typisch Deutsches gemacht, nämlich mit Defiziten begonnen. Da haben wir schon gedacht, dass Sie jetzt ein Stück weit am Thema vorbei reden würden. Aber es ist doch noch einmal gut gegangen, und Sie haben auch das Thema des heutigen Morgens – Integration, in die Zukunft denken, in die Zukunft entwickeln – in den Mittelpunkt Ihrer Rede gestellt.

Vielleicht noch eine Korrektur: Gesetze zum Thema „Teilhabe und Integration“ haben wir schon länger. Vielleicht ist das in Ihrer Zeit als Bürgermeister nicht so richtig bei Ihnen angekommen. Aber wir haben ein Teilhabe- und Integrationsgesetz. Das finden wir auch gut so. Es ist in diesem Haus auch einstimmig verabschiedet worden.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Deswegen können wir da relativ gut miteinander ins Gespräch kommen, denke ich.

„Integration ist anstrengend“, sagt Prof. Dr. El-Mafaalani von der Ruhr-Universität Bochum. Und er weiß, wovon er spricht; denn er ist einer der führenden Integrationsforscher in Nordrhein-Westfalen.

Weiter sagt er: Integration fordert heraus. Sie fordert die Zivilgesellschaft heraus; sie fordert die Politik heraus; sie fordert uns alle ein Stück weit heraus. Natürlich fordert sie auch eine Menge von den Menschen, die sich in unsere Gesellschaft integrieren wollen und integriert werden sollen.

Aber – ich habe den Teilhabe- und Integrationsbericht des Landes Nordrhein-Westfalen mitgebracht – Integration lohnt sich. Das zeigt dieser Bericht wirklich sehr deutlich. In den letzten Jahrzehnten haben wir sehr viele Menschen in Nordrhein-Westfalen aufnehmen können. Das war gut so. Was wäre NRW denn ohne die vielen ehemaligen Gastarbeiterinnen und Gastarbeiter, ohne die vielen Aussiedlerinnen und Aussiedler? Das wäre nicht vorstellbar. Zumindest wäre nicht vorstellbar, was aus uns geworden wäre, wenn diese Menschen nicht ihre Kraft, ihr Engagement, ihr Wissen, ihre Kenntnisse, ihre Aufstiegsbereitschaft oder ihre Aufstiegsdynamik – das sage ich einmal mit Blick auf Herrn Lindner – in unsere Gesellschaft eingebracht hätten.

Wir würden jetzt nicht nur vom Fachkräftemangel sprechen; wir würden von einer Fachkräftekrise spre-

chen. Die Sozialversicherungssysteme sähen katastrophal aus – die Steuereinnahmen im Übrigen auch. Die Gesellschaft wäre insgesamt etwas älter. Eine ältere Gesellschaft – damit möchte ich keinem zu nahe treten – hat auch eine gewisse geringere Dynamik. Solche negativen Auswirkungen kann man in manchen Ländern ja betrachten, zum Beispiel in Japan, das sich beharrlich weigert, Einwanderung zuzulassen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Aus den Anträgen von CDU und FDP wird klar, dass sie diese Erkenntnis durchaus teilen und diese Erfolge NRW ebenfalls sehen.

Aus der langen Geschichte der Einwanderung nach NRW wissen wir aber auch, welche Fehler wir gemacht haben. Zu lange haben wir uns als Gesellschaft geweigert, uns als Einwanderungsland zu verstehen. Zu lange haben wir es in der Vergangenheit versäumt, die Strukturen unserer Verwaltung, unserer Wirtschaft und unseres Bildungssystems fit zu machen für diese Entwicklung, für diese Einwanderungsgesellschaft. Wir haben ja noch nicht einmal kommunales Wahlrecht für diejenigen, die lange hier leben.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der SPD)

Wir schließen sie konsequent von der politischen Teilhabe aus. Zudem steht ein Einwanderungsgesetz bis heute noch aus.

Solche wichtigen Schritte wie auch doppelte Staatsbürgerschaft scheitern immer wieder an der CDU.

(Zuruf von Armin Laschet [CDU])

– Herr Laschet, bleiben Sie ruhig. Jetzt habe ich auch einmal ein Lob für Sie. Es ehrt die NRW-CDU, dass sie zumindest in Teilen – wir ignorieren einmal den Rest – konstruktiver als ihre Bundesschwester mit diesen Themen umgeht. Es ist Herr Laschet, der immer wieder dafür sorgt – und natürlich auch Frau Güler.

Nie da gewesen! Diesen Ausspruch kann man jetzt immer wieder hören und lesen. So viele Menschen kommen! Flüchtlingskrise! Da wird mit großen Zahlen operiert – Zahlen, die, beabsichtigt oder unbeabsichtigt, alarmieren, die vielleicht Ängste schüren.

Aber was bedeuten sie? – Sie bedeuten, dass sich eine Stadt mit 100.000 Einwohnern um 1.500 Neubürgerinnen oder Neubürger kümmern muss. Das ist keine Krise. Das fordert die Verwaltungen heraus, ja. Das sorgt aber auch dafür, dass die Verwaltungen – da schaue ich Herrn Kuper an, der sich gerade angeregt unterhält – sich vielleicht auch einmal von alten Zöpfen und alten Wegen trennen müssen.

(Zuruf von André Kuper [CDU])

Das bedeutet, dass die Verwaltungen an der einen oder anderen Stelle neue Strukturen erfinden müssen. Das – jetzt möchte ich doch einmal ein großes Lob für Verwaltungen auf der Landesebene und auf der kommunalen Ebene aussprechen – können sie auch.

(Beifall von den GRÜNEN und Norbert Römer [SPD])

Hier ist schon viel erwähnt worden. Wir brauchen natürlich eine Neuorganisation von Schnittstellen. Wir haben uns jahrelang nicht darum gekümmert, wie sich Integrationskurse mit Arbeitsmarktangeboten verzahnen und wie sich Bildungs- und Weiterbildungsangebote mit Aufstiegschancen verzahnen. Darum haben wir uns nicht gekümmert. Stimmt! Das machen wir jetzt besser. Dafür haben wir diesen Antrag auch eingebracht.

Wir können stolz sein, weil wir es ja auch gemeinsam beschlossen haben. Wir können alle insgesamt stolz darauf sein, dass wir die Kommunalen Integrationszentren haben, immerhin in 50 Kreisen, Kommunen und kreisfreien Städten unseres Landes. Denn die können jetzt unsere Kommunen bei den vielen Aufgaben, die auf uns zukommen, bei der Organisation des Ehrenamtes, bei der Organisation des Seiteneinstiegs, bei der Organisation von Arbeitsmarkt- und Bildungszugängen, intensiv unterstützen, und das ist gut so, weil sie das Knowhow haben und in die Kommunen ein sehr, sehr großes und wichtiges Wissen einbringen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Aber all diese Veränderungen – und Gesellschaft verändert sich nun einmal permanent – brauchen auch Mittel. Sie brauchen Unterstützung und Menschen, die diese Veränderungen vorantreiben. Das Land bringt einiges an diesen Mitteln auf den Weg. Der Minister hat das ja gesagt, er hat erklärt, wie viel dieses Land dazu beiträgt. Aber – da schaue ich auch Herrn Stamp an – wir brauchen auch den Bund.

(Dr. Joachim Stamp [FDP]: Schön, dass Sie mit der FDP im Bund rechnen!)

Das ist kein Schwarze-Peter-Spiel; denn die Frage der Integration von Geflüchteten, von Menschen, die zu uns kommen, ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, für die der Bund genauso verantwortlich ist wie das Land Nordrhein-Westfalen, jede einzelne Kommune und jeder einzelne Bürger in diesem Land.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

„Nie dagewesen“ heißt es aber auch, wenn – und das möchte ich gerne anfügen – es um die Willkommenskultur in unserer Gesellschaft geht. Nie dagewesen sind die freundlichen Gesichter derjenigen, die sich Tag für Tag um die Neuhinzugekommenen kümmern, ihnen Obdach gewähren, bei Amtergängen helfen, ehrenamtlich Deutschkurse anbieten, sich um

Kinder und die Familien kümmern und vieles mehr einbringen, damit Integration gelingen kann.

Nie dagewesen sind aber auch die Allianzen zwischen Wirtschaft, Gewerkschaften, Kirchen, Wohlfahrtsverbänden, zivilgesellschaftlichen Organisationen, die alle gemeinsam bereit sind, das ihrige zu einer gelingenden Integration beizutragen.

Es gibt – und das können wir, meine Damen und Herren, täglich lesen – aber auch die anderen Stimmen, die der Menschen, die unsicher sind, ob und wie die derzeitige Lage zu bewältigen ist, die, die sich vor Veränderungen fürchten, auch und weil gerade die Bundespolitik und insbesondere Horst Seehofer aus Bayern diese Ängste schüren.

Diese Töne vermitteln nicht das, was das Gebot der Stunde ist: Zuversicht und Vertrauen in die öffentlichen Systeme. Sie vermitteln zuallererst das Gefühl, überfordert zu sein. Vielleicht sind sie es auch in Bayern.

Aber eine Lage nicht zu überblicken, kann und darf nicht dazu führen, mit immer neuen und immer radikaleren Forderungen die Öffentlichkeit zu verwirren. Hier gilt es – das ist ausdrücklich an den Bund gerichtet –, seine Arbeit zu tun und die Menschen auf diesem Weg mitzunehmen. Konkrete Politik ist hier gefordert und nicht ein Wettstreit um die absurdeste Forderung.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Damit schüren wir nur Ressentiments, und zwar gegen alle, die schon lange hier leben, hier arbeiten, hier lernen. Wenn Sie sich mit vielen Migrantinnen und Migranten der ersten Stunde, Alteingewanderten, unterhalten, dann sehen Sie, was diese Debatte auch mit Blick auf diese Menschen anrichtet.

Und es gibt die – die andere Gruppe –, die sich mit menschenfeindlichen Sprüchen, mit demokratiefeindlichen Aussagen Luft machen, die meinen, Menschenfeindlichkeit sei in diesem Land salonfähig. Dabei richtet sich ihr Wirken gegen Arbeitslose, Obdachlose, Homosexuelle, Sinti und Roma, Behinderte, Musliminnen, Geflüchtete. Wenn wir über Demokratieverständnis und die Förderung desselben reden, dann gilt es, auch diese Gruppen in den Blick zu nehmen. Da haben Sie ja völlig recht, meine Damen und Herren von den Piraten.

Aber die Verdoppelung der Mittel der Landeszentrale für politische Bildung reicht da nicht. Wir müssen die Initiativen gegen rechts verstärken, und das machen wir auch. Wir fördern die Beratungsstelle für die Opfer rechter und rassistischer Gewalt, wir fördern die mobilen Beratungsstellen gegen rechts, und wir geben für die Aussteigerberatung NinA viel Geld aus. Man kann darüber streiten, ob das reicht. Aber stolz können wir sein auf die Arbeit der genannten Stellen. Da wir die Landeszentrale bereits mit mehr Mitteln

versehen, werden wir Ihren Antrag an der Stelle auch ablehnen.

Meine Damen und Herren, Politik muss Zuversicht vermitteln. Das sagte die Flüchtlingsbeauftragte der Stadt Düsseldorf, Miriam Koch, auf dem Integrationspolitischen Kongress der grünen Landtagsfraktion. Dort wurde auch deutlich, wie viele sich diesen Satz zu Herzen nehmen, auch die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, Herr Kuper.

Mit dem vorliegenden Entwurf machen wir einen Vorschlag. Zumindest freuen wir uns über die Anträge der Opposition, auch wenn wir nicht alle Forderungen teilen. Lassen Sie uns gemeinsam ringen, lassen Sie uns streiten um den besten Vorschlag, um den besten Weg. Lassen Sie uns gemeinsam eine Integrationsoffensive starten, sozusagen eine Integrationsoffensive 4.0 wagen. Lassen Sie uns die Herausforderungen gemeinsam angehen – für unser Land. Wir alle sind NRW! – Ich danke Ihnen.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Frau Kollegin Velte. – Für die Piratenfraktion spricht Frau Kollegin Brand.

Simone Brand (PIRATEN): Sehr geehrter Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuschauer! Jetzt liegt er also vor, der Vorschlag für ein Gesamtkonzept zur Integration. Es ist höchste Zeit, das Thema ganzheitlich in den Blick zu nehmen. Wir brauchen ein Gesamtkonzept für die kommunale, die Landes- und die Bundesebene sowohl aus der Perspektive der Menschen, die zu uns kommen, als auch aus der Perspektive der Menschen, die bereits hier wohnen und leben.

Ich hoffe, dass wir in diesem Sinne fraktionsübergreifend ein starkes Zeichen nach außen setzen werden. Denn die Diskussionskultur der letzten Plenarsitzung hat das eigentliche Thema negativ überschattet. Da beschimpfen sich fünf demokratische Parteien. Man unterstellt sich Rechtspopulismus und AfD-Nähe. Die Berichterstattung der Medien greift das Gezänke mit Unmut, aber auch mit einer gewissen Traurigkeit auf.

Ich schließe mich da nicht aus, aber in der Nachbetrachtung und in der Außenwirkung muss man leider feststellen, dass der Landtag NRW damit keine Wahlwerbung abgegeben hat.

Eine kurze historische Exkursion in die jüngere Vergangenheit unseres Landes darf Sie vielleicht erinnern, was so ein Verhalten bewirkt. Das Ergebnis der politischen Beschimpfungen, Anfeindungen und Schelten innerhalb der regierungstragenden Fraktionen führte in der Weimarer Republik zu einer weiteren Stärkung der extremen Parteien und vor allem der NSDAP.

Das Ergebnis der aktuellen Uneinigkeit – ich nenne es einmal so – weist eine frappierende Ähnlichkeit mit den Prozessen der Weimarer Republik auf. Ausschließlich die Kräfte an den politischen Rändern sowie die AfD und die NPD profitieren von diesem erbitterten Streit. Umso wichtiger ist es, dass wir Demokraten ein deutliches Zeichen setzen.

(Beifall von den PIRATEN)

Meine Damen und Herren, bevor ich mich mit den einzelnen Punkten Ihres Integrationsplans auseinandersetze, möchte ich zunächst eine grundsätzliche Bewertung Ihrer Ausführungen und Ihres Vorhabens vornehmen.

Sie beauftragen die Landesregierung, einen Integrationsplan zu erarbeiten. Das finden wir wichtig und richtig.

Darüber hinaus benennen Sie Handlungsfelder. Sie verweisen darauf, was bereits passiert ist und worauf die Landesregierung in Zukunft setzen soll. Das kann man aus unserer Sicht so machen. Mit den Handlungsfeldern geben Sie der Landesregierung Eckpfeiler oder Pflöcke mit auf den Weg, um die Parzellen abzustecken, auf denen das Feld der Integration bestellt werden soll.

Allerdings haben Sie vergessen, der Landesregierung die genauen Maße und die Größe des Feldes mitzuteilen. Anders ausgedrückt: Es wird nicht deutlich, ob der Integrationsplan und dessen Ziele mit einigen Tausend, Millionen oder Milliarden Euro gedeckt ist. Natürlich kann ein umfassender Integrationsplan nicht im Detail auf jeden einzelnen Euro heruntergebrochen werden. Aber es wäre doch wünschenswert, wenn zumindest eine Perspektive deutlicher würde.

Ach ja: Mit dem Nachtragshaushalt 2016 stellen Sie Mittel für die Integration bereit. Für das Integrationsministerium und das Schulministerium sind es zusammen 5,7 Millionen €. Wenn das allerdings der Rahmen für den Integrationsplan sein soll, dann können Sie es auch gleich bleiben lassen.

(Beifall von den PIRATEN)

Darüber hinaus haben Sie vergessen, einen zeitlichen Rahmen zu setzen. Ein „Wir setzen auf mehr Schutz der Frauen bis 2020“ hilft uns nicht weiter. Viele Themen müssen jetzt unmittelbar umgesetzt werden, hätten eigentlich schon vor Monaten auf den Weg gebracht worden müssen. Es bleibt jetzt keine Zeit für Fernziele oder irgendwelche Arbeitskreise, die sich womöglich erst einmal monatelang in das Thema einarbeiten müssen, bevor sie zu einem Ergebnis kommen.

Meine Damen und Herren, bei der Integration sind alle gefordert: der Bund, das Land und natürlich die Kommunen. In Ihrem Integrationsplan stellen Sie viele Forderungen Richtung Bund. Das ist nicht

falsch, aber wir müssen aufpassen, dass wir nicht in ein endloses Triangel-Pingpong zwischen den drei Playern kommen, wenn es um die Bereitstellung von finanziellen Leistungen geht.

In besonderen Zeiten ist es unumgänglich, gemeinsam die Ärmel hochzukrempeln und aufzuhören mit dem Totschlagargument: „Das ist Sache der Kommunen; da dürfen wir nicht ran“ oder: „Das ist Sache des Bundes; da warten wir mal, bis das Kleingeld vom Himmel fällt“. – Sie sind auch aufgefordert, Ihren Beitrag zu leisten. Integration als gemeinsames Projekt von ganz Deutschland und der Kampf gegen rechts als gemeinsames Ziel aller demokratischen Parteien – das ist das, was wir brauchen.

(Beifall von den PIRATEN)

Betrachten wir nun die einzelnen Handlungsfelder. Grundsätzlich setzen wir Piraten uns für eine ganzheitliche Integration ein. Dazu zählen selbstverständlich die Unterstützung beim Spracherwerb, bei der Vermittlung von Kita- und Schulplätzen, bei Qualifizierungsmaßnahmen, bei der Suche nach Ausbildungsplätzen, bei der Wohnungssuche oder auch beim Arztbesuch. Die Liste ist natürlich noch viel länger. Da aber bereits viel Richtiges gesagt wurde, möchte ich Ihnen die drei Handlungsfelder nennen, die für uns Piraten die Voraussetzung für das Gelingen eines Integrationsplans sind.

Erstens setzen wir auf die Einrichtung eines eigenen Ministeriums für Integration, Flucht und Einwanderung sowie auf die Gründung einer interministeriellen Arbeitsgruppe mit dem Thema „sozialer Wohnungsbau“. Die Aufgabe des neuen Ministeriums sollte unter anderem lauten: Suche nach und Bereitstellung von menschenwürdigen Unterkünften, Etablierung von Mindeststandards in diesen Unterkünften in ganz NRW, Sicherstellung der sozialen, rechtlichen, medizinischen und psychologischen Betreuung in den Unterbringungseinrichtungen, Unterstützung der Kommunen bei der Vermittlung von Schul- und Kitaplätzen, Einführung von Deutschkursen als Standard und Unterstützung bei der Vermittlung in Arbeit und Ausbildung. Dabei soll das Ministerium natürlich eng mit den Trägern der Flüchtlingshilfe zusammenarbeiten.

Die interministerielle Arbeitsgruppe unter Federführung des neuen Ministeriums sorgt darüber hinaus dafür, dass es ab 2017 keine Unterbringung in Zelten und Turnhallen mehr gibt, dass über die vorhandenen Förderprogramme hinaus weitere Sozialwohnungen geschaffen werden und dass Grundstücke erschlossen werden, die sich für den Bau von Wohnungen für Flüchtlinge in modularer Holzbauweise sowie für Neubauten eignen.

Meine Damen und Herren, der zweite Gelingensfaktor ist das Bekenntnis zu folgendem Satz: Deutschland ist ein Aufnahmeland. – Um diesen Satz zu leben, müssen die gesetzlichen Rahmenbedingungen

angepasst werden. Wir benötigen eine rechtliche und tatsächliche Gleichstellung aller Migranten, um echte Integration überhaupt zu ermöglichen.

(Beifall von den PIRATEN)

Denn der Zugang zum Berufs- und Ausbildungsmarkt, zu sozialen, berufsfördernden und Familienleistungen sowie zu vielen anderen Teilhabemöglichkeiten ist leider immer noch abhängig vom Aufenthaltsstatus, von der Aufenthaltsdauer in Deutschland und vom Herkunftsland.

Damit gibt es also Flüchtlinge bzw. Menschen zweiter Klasse. Für die gilt: kein Integrationskurs, kein Familiennachzug, Wohnsitzauflagen und Residenzpflicht, eingeschränkter Zugang zum Arbeitsmarkt und zur Ausbildungsförderung, kein Zugang zu SGB II und SGB XII, kein Kinder- und Elterngeld, und bei Nichtausreise innerhalb einer vom Ausländeramt gesetzten Frist erhalten sie nur noch die lebensnotwendigsten Leistungen.

Meine Damen und Herren, es hilft nicht, dass wir mit Asylrechtsverschärfungen vortäuschen, dass viele dieser Menschen zweiter Klasse bald das Land verlassen werden. Das ist nämlich falsch. Die meisten werden nicht ausreisen. Zügig abschieben ist ein Märchen.

Oder: Wie sieht es denn mit der Arbeitserlaubnis aus? Was ist mit der Vorrangprüfung? Wieso ist das Wahlrecht für Nicht-EU-Ausländer immer noch umstritten? Auch und insbesondere an dieser Stelle muss ein umfassender Integrationsplan ansetzen, wenn wir es ehrlich meinen.

(Beifall von den PIRATEN)

Drittens setzen wir auf politische Bildung, und zwar für alle. Eine starke Zivilgesellschaft und ein konsequentes Vorgehen gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit sind die Voraussetzung für ein integrationsfreundliches Klima. Es ist noch nicht zu spät. Es ist zwingend notwendig, sowohl den 25-jährigen Arbeitslosen und die 65-jährige Dame mit der kleinen Rente als auch die Neubürger zu erreichen.

Ich erzähle Ihnen mal von einer Begebenheit vor ein paar Tagen am Infostand. Da kam eine ältere Dame zu uns. Die war aufgebracht. Die war außer sich. Die war nur am Schimpfen, fast am Schreien. Es wäre doch alles zu viel und man würde ihr dann irgendwie Geld wegnehmen. Man wäre ja auch überhaupt nicht mehr sicher auf den Straßen und so weiter und so fort.

Wir haben angefangen, uns mit ihr zu unterhalten. Ja, es wird so sein. Auch diese Dame wird zukünftig kein „Refugees-Welcome“-T-Shirt tragen. Aber sie wurde sehr ruhig, während wir uns unterhalten haben, und sie sagte gegen Ende: Hm, da muss ich doch über die eine oder andere Sache noch einmal

in Ruhe nachdenken. – Sie ging weg mit einem Lächeln.

Warum erzähle ich Ihnen das? – Es zeigt, dass wir um jeden kämpfen müssen, der in die rechte Ecke abrutscht, und das nicht nur an unseren Infoständen in den Fußgängerzonen, sondern auch mit strukturellen Maßnahmen. Je mehr Geld wir für diese strukturellen Maßnahmen investieren, desto besser.

(Beifall von den PIRATEN)

Deshalb fordern wir auch, die Mittel der Landeszentrale für politische Bildung weiter anzuheben. Der entsprechende Antrag liegt Ihnen vor. Der wird ja mit überwiesener Hand abgelehnt. Also müssen wir jetzt heute nicht auf Gedeih und Verderb irgendetwas ablehnen, liebe Jutta.

Meine Damen und Herren, die drei Gelingensfaktoren für uns Piraten sind also erstens die Einrichtung eines eigenen Ministeriums und einer interministeriellen Arbeitsgruppe, zweitens die rechtliche und tatsächliche Gleichstellung aller Migranten – das kommt Ihnen sicherlich bekannt vor, denn das ist auch die Kernbotschaft des Kühn-Memorandums – und drittens politische Bildung für alle!

Neben diesen drei Schwerpunkten haben wir noch viele Einzelaspekte, die wir Ihnen als Tischvorlage in einem Änderungsantrag vorbereitet haben. Ich denke, dass wir damit eine gute Grundlage auch für die Anhörung und die Arbeit im Ausschuss haben werden.

Meine Damen und Herren, zum Schluss müssen wir aber auch noch einen Blick darauf richten, mit welchen Vorzeichen der Integrationsplan hier in NRW nun beraten wird. Wir befinden uns in einer Zeit, in der man bei keiner Partei mehr klar sehen kann, wofür sie eigentlich steht. Das Rechts-Links-Schema ist zerbrochen. Kanzlerin Merkel wird rechts von dem grünen Politiker Boris Palmer überholt. Darin zeigt sich auch, dass wir bei dem Zuwanderungsthema nicht mehr von verschiedenen politischen Strömungen reden können, sondern eher von einem Wasserfall reden müssen, der nur noch in eine Richtung fließt und alles hinunterspült, was wir bisher erreicht haben.

(Norwich Rüße [GRÜNE]: Das ist ein bisschen übertrieben, oder?)

Darüber hinaus legt sich das Asylpaket II wie eine braune Dunstwolke über sämtliche Integrationsbemühungen. Die Forderungen dieses Asylpaketes sind in einer ähnlichen Form und teilweise sogar im Wortlaut im Wahlprogramm der NPD aus dem Jahre 2013 nachzulesen. Ja, Sie haben richtig gehört: NPD, eine Partei, die gerade vom Bundesverfassungsgericht vermutlich verboten wird.

Da frage ich mich, ob die Position, den Familiennachzug auszusetzen, auch vom Bundesverfassungsgericht verboten wird.

Es wundert mich nicht, dass auch der Kinderschutzbund das Asylpaket kritisiert und Herrn Gauck auffordert, es nicht zu unterzeichnen.

Auch die Bundesärztekammer kritisiert das Paket als inhuman und lebensgefährlich.

Dass diese dort getroffenen Maßnahmen so menschenverachtend und falsch sind, zeigt auch, dass der Menschenrechtsbeauftragte Christoph Strässer von der SPD von seinen Ämtern zurückgetreten ist.

Wie sollen denn Ihrer Meinung nach Integration und das Einleben von jungen Männern gelingen, wenn ihre Frauen und Kinder nicht nachkommen können? Wie soll Ihrer Meinung nach Integration gelingen, wenn die jungen Männer wissen, dass sich ihre Frauen und Kinder auch in seeuntüchtige Boote setzen und versuchen, unter Einsatz ihres Lebens nach Europa zu gelangen? Wie soll Integration gelingen, wenn diese Frauen und Kinder es weiter versuchen und weiter dabei sterben? Wie soll dann Integration gelingen?

Ich kann nicht verstehen, dass Sie in einer Art Zustimmung durch Schweigen, liebe SPD und Grüne, im Bundesrat nichts gegen dieses Asylpaket getan haben. Sie hätten zumindest versuchen können, es in den Vermittlungsausschuss zu bringen. Aber Sie haben gar nichts getan.

Meine Damen und Herren, zusammenfassend kann man sagen: NRW und auch Deutschland benötigen dringend einen Integrationsplan. Der hier vorliegende Plan ist ein Anfang mit vielen richtigen Aspekten. Allerdings fehlt ein finanzieller und zeitlicher Kompass.

Wir stehen für eine konstruktive Opposition und sind bereit, einen gemeinsamen Integrationsplan zu verabschieden, sofern unsere vorgetragenen Positionen berücksichtigt werden. – Vielen Dank.

(Beifall von den PIRATEN)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Frau Kollegin Brand. – Für die FDP-Fraktion spricht Herr Dr. Stamp.

Dr. Joachim Stamp (FDP): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Minister Schmeltzer, Sie haben zunächst, wie ich fand, einen recht langatmigen Rechenschaftsbericht vorgetragen, aber dann einen richtigen und wichtigen Satz gesagt: Wir dürfen Flüchtlinge und andere Hilfsbedürftige nicht gegeneinander ausspielen. – Ich möchte Sie herzlich bitten, das auch Ihrem Parteivorstand Sigmar Gabriel zu vermitteln.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Das ist nämlich genau das, was er Tag für Tag betreibt.

Meine Damen und Herren, für die Freien Demokraten ist das Ziel von Integration nicht Gleichmacherei. Für uns ist nicht die Herkunft oder der Glaube entscheidend, sondern die Haltung und die Achtung vor dem Grundgesetz.

Meine Damen und Herren, für uns ist entscheidend, wer und was jemand ist, und nicht, was er zu Mittag isst.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Das mit einem schönen Gruß nach Schleswig-Holstein: Die Werte des Grundgesetzes werden nicht in deutschen Kantinen verteidigt.

(Beifall von der FDP, der CDU und den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der SPD)

Meine Damen und Herren, es ist unsere Aufgabe hier im Parlament, den Rahmen für Wertevermittlung und für Integration zu setzen und zu zeigen, wo die Leitplanken sind und wie es vorangehen kann.

Wir als Freie Demokraten haben das gemacht. Allein zwischen Mai und September 2015 habe ich einige Punkte herausgearbeitet und gesehen, wie Rot-Grün hier im Hause darauf reagiert hat:

Landesprogramm für Sprach- und Integrationskurse – abgelehnt; Maßnahmen zur Arbeitsmarktintegration zu entwickeln und dem Landtag ein Gesamtkonzept vorzulegen – abgelehnt; Abbau bürokratischer Hemmnisse bei der Arbeitsmarktvermittlung und Erleichterungen bei der Aufnahme von Ausbildungen – abgelehnt; Flüchtlingen ab dem ersten Tag in der Kommune einen kostenlosen und verpflichtenden Sprachkursus zur Verfügung zu stellen – abgelehnt; zusätzlich Lehrer, Kitapersonal und Sozialarbeiter einzustellen, um das Recht auf Bildung von Flüchtlingskindern zu ermöglichen – abgelehnt;

(Zuruf von Sigrid Beer [GRÜNE])

Integration von Flüchtlingen zu einem Schwerpunkt der Kommunalen Integrationszentren zu machen – abgelehnt; Wertevermittlung schon in den Landes-einrichtungen zu beginnen – abgelehnt.

Meine Damen und Herren, das ist kein konstruktiver Umgang mit Vorschlägen aus der Opposition, die eigentlich unter Demokraten eine Selbstverständlichkeit sein müssten.

(Beifall von der FDP und der CDU)

All diese Punkte finden sich jetzt übrigens in Ihrem Konzept wieder. Es geht uns nicht darum, dass wir

jetzt beleidigt sind, dass Sie vor einem halben, teilweise einem dreiviertel Jahr unsere Vorschläge abgelehnt haben. Das Problem ist vielmehr, dass wir alle zusammen in Nordrhein-Westfalen Zeit verloren haben – viel wertvolle Zeit, viele Monate, in denen wir längst die Integrationsarbeit hätten voranbringen können.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Die „Rheinische Post“ bringt es heute auf den Punkt, wenn sie schreibt:

„Deshalb ruft jetzt ein breites Bündnis – bestehend aus dem Deutschen Gewerkschaftsbund, Unternehmer NRW, der Industrie- und Handelskammer, dem Verband Freier Berufe und dem Westdeutschen Handelskammertag – die Landesregierung zum Handeln auf. In einem Appell an die Staatskanzlei, das Schul-, Arbeits- und Wirtschaftsministerium ... fordert das Bündnis Maßnahmen, um junge, aber nicht mehr schulpflichtige Flüchtlinge in eine Ausbildung zu bringen. Dabei kommt das Bündnis zu einem verheerenden Urteil: Demnach fehlten ‚bisher systematische und verbindliche Angebote, die den Spracherwerb, die Berufsorientierung und den Erwerb des Schulabschlusses ermöglichen‘.“

Genauso ist es. Wir hätten schon im Sommer gemeinsam so viel auf den Weg bringen können. Aber Sie haben sich unseren Initiativen verweigert, meine Damen und Herren.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Jetzt kommen Sie in der Gönnerpose und laden die Opposition zur Mitarbeit ein, dieselbe Opposition, Herr Römer, die Sie hier vor Monatsfrist als Rechtspopulisten geschmäht haben –

(Beifall von der FDP und der CDU)

Rechtspopulismus für Forderungen, die am nächsten Tag von Ihren eigenen Ministerpräsidenten im Bundesrat vertreten wurden, Rechtspopulismus für Forderungen, die jetzt der EuGH bestätigt hat.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir sind nicht nachtragend, wenn es wirklich um die Sache geht. Es ist aber inakzeptabel, wenn wir nur als Kulisse dienen sollen, wenn es Ihnen gerade gefällt, wenn auf Flüchtlingsgipfeln Gemeinsamkeiten beschworen werden, aber tags darauf jeder konstruktive Vorschlag der Opposition wieder ignoriert wird.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Dabei hätte es Ihnen manches erspart, wenn Sie unsere Vorschläge ernst genommen hätten. Wir haben auf dem Flüchtlingsgipfel die speziellen Probleme mit allein reisenden jungen Männern aus Nordafrika angesprochen. Sie haben das abgetan. Die Konsequenzen sind bekannt.

Wir haben Ihnen eine Bundesratsinitiative zur Lösung des Antragsstaus beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge angeboten. Sie haben das ignoriert.

(Zuruf von Marc Herter [SPD])

Stattdessen haben Sie uns beschimpft, um von Ihrer eigenen Konzeptionslosigkeit abzulenken.

Herr Römer, ich sage Ihnen ganz ehrlich, für mich wäre es gerade an dieser Stelle guter Stil gewesen, wenn Sie die Größe gehabt hätten, sich hier bei den Oppositionsparteien CDU und FDP für die letzte Plenarwoche zu entschuldigen.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Es gibt einzelne Abgeordnete aus Ihren Reihen, die diese Größe hatten.

Ich sage aber auch dazu, wir wissen alle, wie schwer es ist, Fehler zuzugeben. Das geht, glaube ich, uns allen so. Deswegen haben wir in Ihrem Antragstext eine sehr bemerkenswerte Zeile gefunden, in der Sie die gute Integrationsarbeit und die gute Integrationspolitik von CDU und FDP in den Jahren 2005 bis 2010 ausdrücklich hervorheben. – Wenn Sie dann mit einer solchen Aussage kommen, werten wir das einfach mal als Entschuldigung für das, was in der letzten Plenarwoche gewesen ist. Wir nehmen die Entschuldigung an und sagen Ihnen: Wir sind bereit, gemeinsam an einer Konzeption zu arbeiten.

Meine Damen und Herren, wir als FDP haben daher, weil es uns um die Sache geht – Frau Altenkamp ist ja dankenswerterweise auch darauf eingegangen –, noch einmal all die Punkte aufgeschrieben, die uns wichtig sind. Ich will Ihnen ganz klar sagen: Es gibt da auch für uns Prioritäten. Wir setzen Prioritäten auf Sprache, Bildung, Ausbildung, Arbeitsmarktintegration und Wertevermittlung. Das ist das, was wir in den Vordergrund rücken wollen. Darüber wollen wir auch mit Ihnen sprechen und fachlich debattieren.

Frau Kollegin Velte und Frau Kollegin Altenkamp haben angekündigt, dass sie unseren Argumenten gegenüber offen sind. Ich hoffe, dass dies kein Lippenbekenntnis ist. Wir werden Sie beim Wort nehmen. Wenn wir ernsthaft gemeinsam darüber diskutieren, was wir für die Menschen und die Kommunen, aber vor allem auch für die Flüchtlinge vor Ort an Integration leisten können, haben Sie uns an Ihrer Seite. Wenn Sie allerdings in die Diktion der letzten Plenarwoche zurückfallen, dann machen Sie bitte Ihr Konzept alleine. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Dr. Stamp. – Für die Landesregierung spricht Frau Ministerin Kampmann.

(Zuruf: Ministerin Löhrmann!)

– Frau Ministerin Kampmann ist gemeldet. Ich kann nur das wiedergeben, was man uns vonseiten der Landesregierung mitteilt.

(Ministerin Sylvia Löhrmann: Ich dachte, das wäre angekommen!)

Frau Ministerin, Sie haben das Wort.

Sylvia Löhrmann, Ministerin für Schule und Weiterbildung: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Stamp, es gibt – damit möchte ich an Ihre Ausführungen anschließen – ein sehr schönes Zitat, das ich, glaube ich, als Lieblingszitat sogar mit Herrn Pinkwart gemeinsam habe. Es stammt von Victor Hugo und lautet:

„Es gibt nichts Mächtigeres als eine Idee, deren Zeit gekommen ist.“

Vielleicht ist ja heute – die Debatte stimmt mich eigentlich zuversichtlich – in Anknüpfung an die Integrationsoffensive von 2001 die Zeit in Nordrhein-Westfalen reif. Auch die damalige Integrationsoffensive ist durch unterschiedliche Konstellationen gewachsen. Vielleicht können wir heute hier den Startschuss geben – wissend, dass wir nicht bei null anfangen –, dass dieses Parlament und diese Landesregierung gemeinsam einen zukunftsfähigen Integrationsplan für Nordrhein-Westfalen ausarbeiten. Vielleicht ist die Zeit dafür reif. So habe ich die meisten der Rednerinnen und Redner auch verstanden. Dafür möchte ich mich an dieser Stelle auch ausdrücklich bedanken.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Wir alle haben wahrscheinlich am Sonntagabend intensiv Fernsehen geguckt. In diesem Zusammenhang möchte ich einen Gedanken der Kanzlerin aufgreifen, der mir neben dem Satz aufgefallen ist, den Ministerin Kampmann gestern schon zitiert hat – das war eigentlich mein Lieblingsatz –:

„Man ist nicht Politiker, dass man die Welt beschreibt und sie katastrophal findet.“

Die Kanzlerin hat aber auch noch einen anderen erwähnenswerten Satz gesagt:

„Wir schaffen das, und wo uns etwas im Weg steht, muss es überwunden werden.“

Das finde ich auch; denn dadurch wird deutlich, dass die Aufgabe, mit der wir im Moment konfrontiert sind, groß ist. Wir sollten uns doch alle davor hüten, zu sagen, dass wir jetzt schon ganz genau wissen, was zu jedem Zeitpunkt an welcher Stelle zu tun ist. Dass wir das nicht können, sollten wir ehrlichweise einräumen.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Die Landesregierung – Herr Kuper, das will ich noch einmal an Ihre Adresse gerichtet sagen – hat immer

offen gesagt: Wenn es Fehler gibt, dann räumen wir sie ein, und dann arbeiten wir daran, damit sie sich nicht wiederholen. – Das haben wir im administrativen Verfahren getan. Außerdem wird das, bezogen auf die Silvesternacht, parlamentarisch aufgearbeitet.

Ich wünsche mir und wir wünschen uns aber – deswegen bin ich auch für die Wendungen dankbar, die die Debattenbeiträge genommen haben –, dass wir uns doch in einem hoffentlich einig sind, und zwar darin, dass die Integration von Anfang an das Gebot der Stunde ist. Das haben alle Fraktionen deutlich gemacht. Das soll hier heute das Signal sein.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Frau Brand, ja, ich finde, dass vier Kategorien wichtig sind. Ganzheitlich und vernetzt sind das eine, systematisch und nachhaltig das andere. Auch da kann, glaube ich, keine Farbe für sich in Anspruch nehmen, zu sagen: Wir hatten da schon immer auf ewig recht; wenn es nur nach uns gegangen wäre, wäre alles richtig gewesen. – Ich glaube, dass die in diesem Hause versammelte Kompetenz dazu beitragen kann, dass dieser Integrationsplan gelingt und dass er mit dem, was wir erarbeiten, Substanz hat.

Wir dürfen keine Zeit verlieren und müssen uns über die wesentlichen Punkte verständigen. Das wäre dann auch ein Beitrag dazu, dass unsere Gesellschaft zusammenbleibt und dass wir die Kräfte, die jetzt zusammenbleiben wollen, stärken. Wir sollten auch daran arbeiten, diejenigen, die sich zurückgesetzt fühlen, für die starke demokratische Kultur zurückzugewinnen, die Nordrhein-Westfalen auch hat und die zumindest mich stolz darauf macht, Nordrhein-Westfälin zu sein. Ich bin stolz darauf, dass wir hier mit vielen Dingen anders umgehen,

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

damit unsere Gesellschaft nicht weiter auseinanderdriftet.

Die Willkommenskultur unserer Zivilgesellschaft muss unser Vorbild sein und bleiben. Wir müssen die Willkommenskultur in eine Willkommensstruktur überführen.

Ich finde es auch immer wieder ermutigend, dass in Bezug auf Integration nicht nur die humanitäre Frage – das ist richtig und wichtig; dies ist das Gebot und der Auftrag unseres Grundgesetzes – betont wird; denn die Integration ist auch ein Gebot der ökonomischen Vernunft. 2016 muss das Jahr der gelingenden Integration werden.

Ich will in dem Zusammenhang den Düsseldorfer IHK-Chef Berghausen zitieren, der gestern in der „WZ“ noch einmal sehr herausgestrichen hat, dass Zuwanderung Chancen eröffnet. Ich zitiere ihn:

„Mit den Zuwanderern kommen jetzt die Kinder zu uns, die wir vor 20 Jahren nicht bekommen haben. Wir sollten aufhören, die Flüchtlinge vor allem als Problem zu sehen. Diese Menschen bieten uns die Chance, den Fachkräftemangel zu lindern. Es lohnt sich, Zeit und Geld in die Migranten zu investieren. Das rentiert sich langfristig für die Betriebe und die Gesellschaft insgesamt.“

Das zeigt doch, dass wir hier auf der einen Seite unsere Zivilgesellschaft, die Kirchen, die Gewerkschaften und die Verbände an unserer Seite haben, auf der anderen Seite aber auch die wirtschaftspolitisch aktiven Kräfte, die deutlich machen, dass wir hier insgesamt eine Zukunftsaufgabe haben, aber auch eine Aufgabe, die sich sehr lohnt.

Meine Damen und Herren, nicht nur Nordrhein-Westfalen, sondern die ganze Republik braucht einen Integrationsplan.

(Beifall von Michele Marsching [PIRATEN])

Deutschland ist – auch darüber sind wir uns hier im Hause einig – Einwanderungsland. Ich danke Herrn Laschet dafür, dass er diese Position immer offensiv vertreten hat. Das haben die anderen Parteien auch getan. Es ist aber bundesweit noch nicht angelegt. Dafür müssen wir weiter werben.

Wir dürfen nicht die Fehler der Vergangenheit wiederholen, sondern wir müssen so schnell wie möglich die zu uns kommenden Menschen integrieren. Minister Schmelzer hat den Bogen zur Einwanderungspolitik in Nordrhein-Westfalen schon gespannt.

Mich haben viele Debatten der letzten Zeit auch immer wieder an 1993 erinnert, an Solingen. Sie wissen, dass ich aus Solingen komme. Vor einigen Jahren haben wir an dieses Ereignis von vor 20 Jahren erinnert. Wir haben uns damals alle miteinander in die Hände versprochen, dass sich das, was 1993 zu Brandsätzen und zu Übergriffen geführt hatte, nicht wiederholen darf.

Wir sehen jetzt in der ganzen Republik – auch in Nordrhein-Westfalen, aber besonders in ostdeutschen Ländern –, dass sich das wiederholt. Das dürfen wir nicht zulassen.

(Beifall von der SPD, den GRÜNEN und den PIRATEN)

Eine Aussage passt auch in die heutige Zeit. Max Frisch hat über die damalige Zeit gesagt: Arbeitskräfte wurden gebraucht. Menschen sind gekommen. – Ja, auch jetzt sind Menschen gekommen. Viele wollen, dass aus diesen Menschen gute Arbeitskräfte werden können. Die positive Weiterentwicklung dieses Zitats von Frisch ist unser Auftrag.

Meine Damen und Herren, was sind die Kernpunkte, die jetzt für unseren Integrationsplan anstehen? – Ich will hinzufügen: Er wird ergebnisoffen entwickelt, weil

es natürlich der Wunsch ist, dass man ernst genommen mitgestalten und mitarbeiten kann. Das fordern Herr Dr. Stamp und Frau Brand. Herr Kuper hat das zwar nicht gesagt, aber ich nehme an, dass das auch von der CDU-Fraktion so gedacht war.

Ja, wir brauchen eine effizientere Verwaltung. Verfahren müssen beschleunigt werden, um Perspektiven und Klarheit für die Betroffenen zu schaffen.

Wir brauchen eine ausreichende Anzahl niedrigschwelliger Sprach- und Integrationskurse für alle Flüchtlinge.

Wir brauchen die Anpassung aller Angebote der gesamten Bildungsbiografie. Wir brauchen die Kapazitäten, und wir müssen an der Qualität arbeiten. Wir brauchen umfangreiche Arbeitsmöglichkeiten. Nichts ist schlimmer, als – wie in manchen Fällen passiert – jahrelange Untätigkeit.

Ja, gelingende Integration verhindert Fremdenfeindlichkeit und Rassismus. Es war doch auch eine bemerkenswerte Aussage – nicht nur dass die Umfragen für Nordrhein-Westfalen zeigen, dass hier die Bereitschaft, Migranten aufzunehmen, zum Teil größer als in anderen Bundesländern ist –, dass die Menschen, die konkrete Erfahrungen mit Flüchtlingen haben, der Integration und der Flüchtlingspolitik gegenüber positiver eingestellt sind als diejenigen, die überhaupt keinen Kontakt mit Zugewanderten haben. Auch das sollte uns doch ermutigen.

Ich möchte abschließend an die Bundesratsdebatte am vergangenen Freitag erinnern; auch darauf hat Kollege Schmeltzer schon hingewiesen. Ich war überrascht, wie positiv der von Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen, Schleswig-Holstein und Rheinland-Pfalz eingebrachte Antrag aufgenommen worden ist, Welch breite Mehrheit er gefunden hat und wie er unterstützt worden ist, etwa von Frau Kramp-Karrenbauer aus dem Saarland und auch aus Berlin, also auch aus Ländern, in denen eine Große Koalition arbeitet.

Alle Länder sind sich einig, dass Land und Kommunen gefordert sind, dass es aber auch in der Integration darauf ankommt, dass sich auch der Bund zukünftig stärker an dieser Aufgabe beteiligt. Das ist ganz klar deutlich gemacht worden.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der SPD)

Es ist doch auch bemerkenswert, dass es einen Brief von Herrn Finanzminister Söder und unseres Finanzministers an Herrn Bundesfinanzminister Schäuble gibt, in dem zwei Länder, A- und B-Länder, deutlich machen: Integration können die Länder allein nicht schaffen. Wir in NRW leisten schon jetzt einen Beitrag. Auf einen Bundeseuro kommen schon jetzt zwei Landeseuro.

Die Integrationspolitik, mit der wir jetzt herausgefordert sind, ist nicht durch landesgesetzliche oder kommunale Entscheidungen ausgelöst, sondern sie ist ausgelöst durch bundes- und europapolitische und weltweite Entscheidungen. Deswegen ist hier der Bund auch stärker in der Verantwortung. Das haben wir auch so konstruktiv und nicht absolutistisch formuliert. Wie kämen wir dazu.

(Zuruf von Armin Laschet [CDU])

Ich würde mir wünschen, dass sich auch die Union hier an der Seite der Länder mit dafür einsetzt, dass wir nicht nur eine Flüchtlingspauschale bekommen – auch dafür ist lange gekämpft worden –, sondern dass wir weitere Unterstützung bei der Integration erhalten, damit wir gemeinsam Integration für die Zukunft unseres Landes und der Menschen, die zu uns kommen, gut hinbekommen. – Herzlichen Dank für die Debatte. Ich glaube, es könnte hier heute einen guten Auftakt für einen wichtigen Prozess geben.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Frau Ministerin Löhrmann. – Für die SPD-Fraktion spricht der Kollege Yetim.

Ibrahim Yetim (SPD): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich würde gern ganz kurz auf zwei Vorredner eingehen.

Herr Kuper, als Sie mit Ihrer Rede angefangen haben, war ich ein bisschen irritiert, weil ich dachte, dass wir jetzt über das Thema Integration sprechen und nicht über das, was Sie uns über viele Monate hinweg vorgeworfen haben, ohne zu erkennen, wie die Situation im Land ist.

Sie haben wieder von einem Organisationsversagen und über die Kosten der Flüchtlingsaufnahme gesprochen, über all das, was wir eigentlich schon längst abgearbeitet haben.

Herr Minister Schmeltzer hat gerade darauf hingewiesen: Angesichts einer Zahl von über 330.000 Menschen, die nach Nordrhein-Westfalen gekommen sind, von denen wir über 230.000 Menschen noch bei uns im Land haben und die bei uns bleiben werden, angesichts der Anstrengungen, die nötig waren, um diese Menschen unterzubringen, ihnen Schutz zu geben, ihnen etwas zu essen zu geben, ihnen ein Dach über den Kopf zu garantieren, von einem Organisationsversagen zu sprechen, halte ich für komplett falsch.

Eher sehe ich, dass unsere Behörden, dass die Menschen im Land, die Ehrenamtler, die kommunalen Verwaltungen, die Behörden, die Bezirksregierungen und auch das Land einen hervorragenden Job gemacht haben. Denn die Menschen sind alle untergekommen. Keiner musste draußen bleiben. Keiner hat

gehungert. Deswegen ist der Vorwurf, Herr Kuper, heute nicht mehr richtig.

(Beifall von der SPD – Zuruf von Armin Laschet [CDU])

Wenn man das rückblickend betrachtet, stellt man fest: Bei über 330.000 Menschen, die zu uns gekommen sind, war das von uns eine sehr gute gemeinschaftliche Leistung.

Herr Kuper, Sie haben gerade davon gesprochen, dass wir alles tun müssen, um den sozialen Frieden in Nordrhein-Westfalen aufrechtzuerhalten. – Ja, genau. Da sind wir auf einer Linie. Ich war am Montag in Dresden und hatte mir vorgenommen, auf jeden Fall einmal zu den – wenn man sie so nennen will – Demonstranten zu gehen; ich habe mir das angeguckt und hatte nachher das Gefühl, ich müsste mich duschen.

Ich sage Ihnen ganz ehrlich: Ich bin wirklich heilfroh, dass wir es in Nordrhein-Westfalen bis jetzt geschafft haben, den sozialen Frieden aufrechtzuerhalten. Den werden wir aber nur dann aufrechterhalten, wenn wir uns hier einig sind und wenn wir in der Integrationspolitik versuchen, an einem Strang zu ziehen.

Ich will, Herr Kuper, abschließend zu Ihrem Beitrag aus der „Rheinischen Post“ zitieren – wenn ich darf, Herr Präsident. Die „Rheinische Post“ ist nicht gerade ein sozialdemokratisches Sprachrohr, aber doch eine seriöse Zeitung. Ich zitiere:

„Auch werden die Flüchtlinge in Nordrhein-Westfalen gut untergebracht. Die Zeltstädte, die andere Länder hilflos errichten, sucht man hier vergebens. Nordrhein-Westfalen zahlt überdurchschnittliche Hilfen an die Kommunen und reagiert vorausschauend mit mehr Lehrern und Fachkräften. Klar, man kann alles immer noch besser machen. Aber im Großen und Ganzen macht Jäger beim Thema Flüchtlinge einen guten Job.“

Ich füge hinzu: Die Landesregierung macht hier einen hervorragenden Job.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Sehr geehrter Herr Kollege Stamp, die Prioritäten, die Sie genannt haben, sind auch unsere: Bildung, Soziales, Gesundheit, Wohnen, Arbeit. Ich denke, Sie haben verfolgt – das haben Frau Löhrmann und Minister Schmeltzer gerade noch einmal dargestellt –, was wir alles schon auf den Weg gebracht haben. Das war auch immer die Diskussion, die wir im Zusammenhang mit den Anträgen, die Sie auf den Tisch gelegt haben, hatten, zu denen ich Ihnen immer gesagt habe: Lassen Sie uns über die Sachen reden, die noch offen sind.

(Serap Güler [CDU]: Haben Sie nie getan!)

– Noch bei der letzten Obleserunde habe ich das getan, Frau Güler. Ich kann mich sehr gut daran erinnern. – Wir haben immer gesagt, Herr Stamp: Lassen Sie uns über die Sachen reden, die noch offen sind.

Jetzt sind wir, glaube ich, an einem Punkt angelangt, wo wir das wirklich durchziehen können. Es gibt bei den unterschiedlichen Anträgen, die hier vorliegen, viele Gemeinsamkeiten. Es gibt ein paar Vorschläge, die ich gut finde, Frau Güler. Das heißt, was Sie über die Antragsfristen für die Kitaplätze sagen, finde ich gut; darüber können wir reden. Das finde ich vernünftig; das sollten wir tun. Es gibt bei der FDP den Vorschlag, niedrigschwellige Spielgruppenangebote zu machen, aber auch den Vorschlag – das finde ich auch sehr gut, Herr Stamp –, Nachverhandlungen mit den Krankenkassen zur Gesundheitskarte zu führen. All das ist völlig okay. Lassen Sie uns darüber reden. Vielleicht schaffen wir es ja, an der Stelle zu einer gemeinsamen Offensive zu kommen.

Ich habe nicht den Eindruck, dass eine der Fraktionen, die hier im Landtag vertreten sind, ernsthaft vorhat, die Integration der Flüchtlinge zu einem Thema zu machen, aus dem man parteipolitisch Kapital schlagen will. Den Eindruck habe ich nicht. Wir sollten eigentlich daran arbeiten, dass das so umgesetzt wird, dass wir versuchen, gemeinsam zu Lösungen zu kommen; denn viele von denen, die jetzt da sind, werden bleiben.

Frau Löhrmann hat es gerade noch einmal angesprochen: Die Fehler der 60er, 70er sollten wir nicht wiederholen. Ich kenne aus eigener Erfahrung die Fehler, die damals gemacht worden sind, und zwar von beiden Seiten; das sage ich an der Stelle immer sehr deutlich. Es sind Fehler von der aufnehmenden Gesellschaft gemacht worden, aber auch von denjenigen, die zu uns gekommen sind, die nämlich nicht frühzeitig genug erkannt haben, dass sie hierbleiben werden, und die deswegen für Bildung und für Integrationsmaßnahmen keinen Sinn hatten, was aus dem Blickwinkel derjenigen heraus, die da waren, völlig verständlich ist. Aber diese Fehler sollten wir auf gar keinen Fall wiederholen.

Ich finde, nach einem Jahr, nach einem sehr schwierigen Jahr, sind wir jetzt an einem Punkt angekommen, wo wir über Integrationskonzepte diskutieren können. Ich finde nicht, dass der Zeitpunkt schon zu spät ist; vielmehr ist er genau richtig. Wir haben die Menschen erst einmal versorgt und können jetzt darüber reden, wie wir sie bei uns integrieren.

Ich will Ihnen zum Schluss sagen, Herr Stamp, liebe CDU: Unser Leitmotiv, das der SPD, ist,

(Armin Laschet [CDU]: Mit „d“ geschrieben!)

dass wir bei unserer Politik nicht zwischen dem „Wir“ – das heißt, den bereits hier lebenden Men-

schen – und den Flüchtlingen unterscheiden, sondern dass wir eine Politik für alle gesellschaftlichen Gruppen machen, für Arbeitnehmer, für Familien, für junge Menschen, also für alle, die in diesem Land leben. Das geschieht aus dem Blickwinkel heraus, dass die Menschen, über die wir jetzt reden, irgendwann auch einer dieser Gruppen zugehörig sein und zu uns gehören werden. Deswegen erhoffe ich mir, dass wir eine Gemeinsamkeit herstellen können. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Herr Kollege Yetim. – Für die CDU-Fraktion spricht Frau Kollegin Güler.

Serap Güler (CDU): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die heutige Umarmungsstrategie der Landesregierung und vor allem der SPD ist sicher pressewirksam. Da nehme ich ausdrücklich das Engagement von Frau Löhrmann aus, die uns hier schon sehr ernsthaft vermittelt hat, dass die Grünen an einer gemeinsamen Integrationspolitik sehr wohl nach wie vor Interesse haben. Diesen Eindruck haben wir bei der SPD nicht.

(Britta Altenkamp [SPD]: Frau Güler, das ist doch auch durchsichtig, oder?)

Diesen Eindruck haben wir bei der SPD nicht. Wir fragen uns, warum es denn im Vorfeld nicht möglich gewesen ist, aus diesem Antrag einen gemeinsamen Antrag im Sinne des Integrationskonsenses von 2001 zu machen, zumal Herr Yetim jetzt sogar von „gemeinsam“ sprach. Die Frage müssen Sie sich gefallen lassen;

(Beifall von der CDU und der FDP)

denn inhaltlich finden wir uns an mehreren Stellen in Ihrem Antrag wieder. Viele Ihrer Forderungen sind ja jene, die wir in der Vergangenheit an Sie gestellt haben und die hier von Ihnen abgelehnt worden sind.

Frau Altenkamp, wenn Sie sich jetzt hier hinstellen und sagen, lassen Sie uns bei dem Thema auf parteipolitische Spielchen verzichten, dann muss ich wirklich lachen.

Konkretes und recht aktuelles Beispiel: Noch in der letzten Plenarsitzung hat meine Fraktion zusammen mit der FDP hier einen Antrag eingebracht. Da ging es um das Thema Wertevermittlung. Ein zentraler Bestandteil dieses Antrags war die Aufstockung der Orientierungskursstunden innerhalb der Integrationskurse. Ein Minister Schmeltzer hat sich hier hingestellt und gesagt: Brauchen wir alles nicht. Dafür ist der Bund zuständig, nicht wir, Frau Güler; wir sind die falschen Adressaten. – Herr Yetim hat sich hier hingestellt und gesagt: Ist doch schon alles auf dem Weg. Wir machen doch; wir tun doch.

Sie lehnen unsere Anträge immer wieder ab – das ist nur ein Beispiel –, bringen es dann selbst als eigene Anträge ein und fordern von uns, keine parteipolitischen Spielchen zu betreiben. Das finde ich schon bemerkenswert.

(Beifall von der CDU und der FDP – Zuruf von Britta Altenkamp [SPD])

Dieser Umgang, Frau Altenkamp, macht vor allem eines deutlich:

(Zuruf von Britta Altenkamp [SPD])

Vorschläge der Opposition interessieren Sie nicht im Geringsten, und das ist nicht unbedingt die nötige Vertrauensbasis für eine gute Zusammenarbeit.

(Beifall von der CDU – Britta Altenkamp [SPD]: Sie sind weder kompromissfähig noch kompromisswillig!)

Sie bekunden hier, dass Ihnen die gute Tradition in Nordrhein-Westfalen im Sinne des integrationspolitischen Konsenses wichtig sei. Herr Römer hat uns über die Presse wissen lassen, dass der Konsens mit der Opposition für ihn wichtig sei, weil dieser die Akzeptanz von Flüchtlingen stärke. – Dies ist zwar erfreulich, spiegelt aber nicht die Realität im federführenden Integrationsausschuss wider. Dort hat uns Herr Kollege Yetim deutlich gemacht, dass er an einer Gemeinsamkeit nicht interessiert ist. Alles, was die Opposition vorschlägt – das hat Herr Stamp gerade auch schon gesagt –, sei entweder bereits erledigt oder schon auf dem Weg.

Wenn sich Herr Yetim jetzt hierhin stellt und sagt: „Frau Güler, ich habe Ihnen doch noch letztens im Ausschuss gesagt: ‚Lassen Sie uns doch über die Dinge reden, die noch nicht auf dem Weg sind‘“, dann stimmt das nicht; denn weder Frau Brand noch Herr Stamp noch meine Person oder sonst jemand von den Oppositionsparteien haben das von Herrn Yetim in dieser Weise im Ausschuss in letzter Zeit mitbekommen.

(Vereinzelt Beifall von der CDU – Dr. Joachim Stamp [FDP]: Das kam von Frau Velte! Sie hat es gesagt!)

– Das ist, glaube ich, schon deutlich geworden.

Wenn Sie in Ihrem Antrag schreiben: „Mit unserem Integrationsplan machen wir uns auf den Weg“, dann heißt das doch erst einmal, dass vieles anscheinend doch nicht erledigt ist.

Herr Yetim, wenn ich Ihre Auslegungen jetzt einmal wirklich positiv bewerte, dann muss ich sagen,

(Britta Altenkamp [SPD]: Dass es Ihnen schwerfällt!)

dass Sie von Ihrer eigenen Integrationspolitik keine Ahnung haben. Sie wissen selbst nicht, was schon alles auf dem Weg ist, was schon alles erledigt wurde

und was nicht. Ahnungslosigkeit lasse ich noch gelten. Wenn ich es allerdings böse bewerte, dann muss ich sagen, dass Sie es zwar besser wussten, Ihre Mehrheit hier im Haus aber dafür eingesetzt haben, gute Ideen abzubremsen, und zwar nur, weil sie von der Opposition stammen.

(Vereinzelt Beifall von der CDU)

Umso erstaunlicher ist es, wenn Sie sich jetzt hierhin stellen und sagen: Lasst uns alle gemeinsam an einem Strang ziehen. – Glauben Sie mir, das ist nicht glaubwürdig.

Sie haben bisher alle Bemühungen, zu gemeinsamen Anträgen zu kommen, trotz der wirklich ernst gemeinten Vermittlungsbemühungen des Ausschussvorsitzenden Arif Ünal abgelehnt, bei dem ich mich noch einmal herzlich bedanken möchte.

(Vereinzelt Beifall von der CDU)

Deshalb lautet meine Bitte an Herrn Römer, an Frau Altenkamp, dass Sie sich vielleicht erst einmal untereinander einig werden, welchen Kurs Sie hier als SPD-Fraktion fahren möchten. Ob es eine Gemeinsamkeit mit der Opposition geben soll oder nicht, müssen Sie erst mit Herrn Yetim klären. Dann sind wir gern zu Gesprächen bereit.

(Vereinzelt Beifall von der CDU)

Wir erwarten allerdings bei einer Gemeinsamkeit auch, dass auf die Belange der Opposition eingegangen wird. Zu sagen: „Hier haben wir eine Liste von Forderungen, jetzt macht mal mit“, ist mit uns nicht zu machen.

Deshalb haben wir auch einen eigenen Antrag in die heutige Sitzung eingebracht, in dem wir uns auf das Wesentliche konzentrieren. Ein wichtiger Punkt für uns ist dabei die Verbindlichkeit. Auch Sie schneiden das in Ihrem Antrag an. Dort heißt es – Zitat –: „Wir fordern diese Bereitschaft auch ein.“ Was allerdings folgt, wenn diese Bereitschaft nicht vorhanden ist, bleibt in Ihrem Antrag offen. Wir setzen uns deshalb ganz konkret für Integrationsvereinbarungen ein, die ein fester Bestandteil eines gemeinsamen Integrationsplanes werden müssen.

Ein Zweites kommt hinzu: Ein Landesintegrationsplan braucht eine Konzentration auf die Zuständigkeiten des Landes. Der Schwerpunkt muss auf dem liegen, was wir als Land leisten können und was unsere Aufgabe ist; denn dafür sind wir schließlich alle hier, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Der größte Unterschied zwischen dem Aktionsplan Integration der schwarz-gelben Landesregierung und einem Integrationsplan, wie Sie ihn sich vorstellen, ist jetzt schon offensichtlich: Der Aktionsplan konzentrierte sich auf das, was wir selbst zu meistern in der Lage waren. Er war nicht auf den Bund angewiesen. Ihr Plan hingegen wird nur aufgehen, wenn der Bund mehr Mittel zur Verfügung stellt; denn eine

ganze Reihe von Forderungen in Ihrem Antrag richtet sich an den Bund.

Ein Integrationsplan für NRW braucht auch die Konzentration auf das Wesentliche. Ein erweitertes Angebot der Verbraucherberatung ist schön. Die Vermittlung von Kompetenzen in der Umwelt- und Verbraucherbildung ist zweifelsohne wichtig, aber nicht prioritär. Denn ob die Integration der Flüchtlinge gelingt, entscheidet sich nicht an einem Handytarif oder daran, dass die Neankömmlinge frühzeitig lernen, ob sie ihre Cola-Dose nun in die gelbe, grüne oder blaue Tonne schmeißen müssen, sondern vielmehr daran, ob sie beispielsweise eine Ausbildungsstelle bei uns bekommen. Denn spätestens seit gestern wissen wir – darauf ist Herr Stamp bereits eingegangen –, dass Nordrhein-Westfalen auch auf dem Ausbildungsmarkt die rote Laterne hält, weshalb ein breites Bündnis die Landesregierung jetzt zum Handeln aufruft.

Ein weiterer wichtiger Punkt – insofern freuen wir uns, dass Sie das selbst als zentralen Aspekt dargestellt haben – ist die Wertevermittlung: Was sind unsere Werte? Was hält unsere Gesellschaft zusammen?

In diesem Zusammenhang denke ich an Frau Kampmann, die sich in der letzten Plenarsitzung hierhin stellte und sagte: Das machen wir schon. Die Landeszentrale für politische Bildung hat mehrere Angebote, wenn es um die Wertevermittlung für Flüchtlinge geht.

(Werner Jostmeier [CDU]: Nichts! Gar nichts!)

Wir haben uns das einmal angeschaut. Ja, Frau Kampmann, unter diesen Angeboten finden sich in der Tat auch ein NRW-Puzzle, eine Broschüre zum sicheren Babyschlaf sowie ein Angebot der Forstämter für Flüchtlingskinder, das es ihnen ermöglichen soll, die Wälder unseres schönen Bundeslandes kennenzulernen.

Das alles mag wichtig sein, aber lassen Sie uns, um wirklich voranzukommen, uns auf das Wesentliche konzentrieren. Wir sind für Gespräche bereit. Aber gerade die Beispiele zum letzten Thema, der Wertevermittlung, machen deutlich, dass wir anscheinend doch andere Vorstellungen haben. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Frau Kollegin Güler. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht Frau Kollegin Beer.

Sigrid Beer (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Frau Güler, Ihr Beitrag gibt mir die Gelegenheit, noch einmal das Verfahren

zu erläutern, und vielleicht beleuchtet das noch einmal vieles von dem, was hier geäußert worden ist.

Dieser Antrag ist so angelegt, dass wir ihn heute nicht beraten, weil wir die Diskussion über die einzelnen Themen in den Fachausschüssen mit Ihnen und mit Experten und Expertinnen, die wir dazu einladen, intensiv führen wollen. Ein offeneres Verfahren als das, was wir heute so in die Debatte eingebracht haben, gibt es nicht.

(Beifall von den GRÜNEN)

Frau Güler, dann wird auch in einzelnen Punkten noch einmal darum zu ringen sein, was Priorität hat und was auch für den Lebensalltag der Menschen wichtig ist. Vielleicht sei mir nur eine kleine Bemerkung zur Frage der Handytarife erlaubt: Es ist zum Teil unanständig,

(Beifall von den GRÜNEN)

wie die Geflüchteten zurzeit über den Tisch gezogen und ausgenommen werden und dass es sogar in den Flüchtlingsheimen Menschen gibt, die versuchen, ihnen Beraterverträge für das Beantragen von Kindergeld mit mindestens 400 € in Rechnung zu stellen. Lassen Sie uns auch darauf einen Blick werfen; denn das ist keine Bagatelle oder Petitesse.

(Beifall von den GRÜNEN)

Das hat seinen Bestand neben den anderen Themen, die Sie zu Recht genannt haben. Aber genau deswegen lautet unser Vorschlag – ich bitte heute die Obleute im Integrationsausschuss, genau so zu beschließen; mein Kollege Arif Ünal wird das auch so ansprechen –, dass in den Fachausschüssen mit den Menschen, die im Land hauptamtlich und ehrenamtlich die Arbeit tragen, Gespräche dazu stattfinden können, damit wir das Thema entfalten.

Wir haben am 20.02. hier als Fraktion einen großen Integrationskongress veranstaltet, und dieser hat gezeigt, dass gerade dieses Bedürfnis besteht, mit uns darüber zu reden. Insofern rate ich uns, in der Gemeinsamkeit der Demokraten und Demokratinnen das Zeichen zu setzen, dass wir gemeinsam in diese Debatte hineingehen, dass wir uns den Anforderungen und Problemlagen stellen. Integration ist kein Zustand. Integration ist ein Prozess, und da werden wir jeden Tag aufs Neue herausgefordert.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Dann gehört auch dazu, liebe Kolleginnen und Kollegen – und das gilt für Herrn Stamp genauso wie für Frau Güler oder Herrn Kuper –: Wir müssen gemeinsam herausarbeiten und klarlegen, wo die Zuständigkeiten liegen. Integration kann nur gemeinsam auf allen Ebenen gelingen. Da ist der Bund mit in den Blick zu nehmen. Da sind die Länder und wir als Land mit in den Blick zu nehmen. Da sind die Kommunen mit in den Blick zu nehmen. Das gehört zusammen, und dann muss man auch sauber trennen. Wir müssen

uns gegenseitig stützen, statt „Schwarzer Peter“ zu spielen und Verantwortung hin- und herzuschieben – das haben Sie heute Morgen leider versucht; das ist nicht zuträglich –, und endlich einen gemeinsamen Blick entwickeln.

Der Antrag im Bundesrat – die stellvertretende Ministerpräsidentin hat darauf hingewiesen – ist auf große Zustimmung gestoßen. Auch in der Ministerpräsidentinnen- und Ministerpräsidentenkonferenz und im Austausch mit der Bundeskanzlerin ist deutlich geworden, dass es eines Integrationspaketes bedarf, und das ist auch mit einer Arbeitsgruppe versehen. Daher sollten wir nicht so tun, als ob der Bund mit der ganzen Sache nichts zu tun hätte.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Wir haben als Land unsere Hausaufgaben gemacht. Ich will darauf hinweisen: 4 Milliarden € sind nicht Nichts. Das ist die Verantwortung des Landes, die wir sehen und die wir übernommen haben. Also noch einmal: Integration ist kein Zustand, sondern ein Prozess. Daran arbeiten wir weiter, und das hat auch der Finanzminister betont. Daher wundere ich mich, welche Töne Sie zum Teil heute Morgen angeschlagen haben; das war nicht ganz vermittelbar.

Gemeinsame Anstrengungen zu unternehmen, gilt auch für das Engagement in der Zivilgesellschaft. Ich meine die vielen Menschen, die in beeindruckender Weise Unterstützung leisten. Diese Menschen gehören zum demokratischen Rückgrat unserer Gesellschaft. Sie brauchen es und sie verdienen es, dass wir ihre Arbeit unterstützen, dass wir mit ihnen hier gemeinsam diskutieren, um dann zu einer Umsetzung und zu einem breit getragenen Integrationsplan für Nordrhein-Westfalen zu kommen.

Dabei ist auch ganz klar: Integration kann nur gemeinsam unter den Menschen gelingen, und damit meine ich die, die da sind, und die, die ankommen. Toleranz und Respekt müssen auf Gegenseitigkeit beruhen, und die freiheitlich-demokratische Grundordnung ist die Basis und die Richtschnur für alle.

Deswegen ist es gut, wenn wir die Anhörung auf den Weg bringen. Es ist auch gut, wenn in dieser Debatte Themen oben auf die Agenda gesetzt werden, die sowieso sozialpolitisch und gesellschaftspolitisch behandelt werden müssen. Ich will das noch einmal betonen: Die fast 5.800 Lehrerinnen und Lehrer kommen allen Kindern zugute. Wenn wir uns für sozialen Wohnungsbau und mehr bezahlbare Wohnungen in diesem Land einsetzen, dann kommt das allen Menschen in NRW zugute. So werden wir das für jedes Feld durchdeklinieren, und dafür stehen wir als rot-grüne Koalition. Ich hoffe, dass Sie das genauso unterstützen.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Was wir jetzt anstrengen, was wir jetzt investieren, kommt allen Menschen in NRW zugute, und das

muss das Credo sein, das wir gemeinsam für den gesellschaftlichen Zusammenhalt hier auf den Weg bringen. Denn dieser gemeinsame Prozess kann dann ein starkes gemeinsames Signal sein auch gegen die, die die repräsentative Demokratie verachten, die fremden- und menschenfeindliche Parolen auf den Straßen brüllen und ehrenamtliche Helferinnen als nützliche Idioten beschimpfen.

Ich will auf die „Allianz für Weltoffenheit, Solidarität, Demokratie und Rechtsstaat – gegen Intoleranz, Menschenfeindlichkeit und Gewalt“ hinweisen. Sie beruht auf Artikel 1 des Grundgesetzes: „Die Würde des Menschen ist unantastbar.“ Sie wird getragen von der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege, dem Bundesverband der Deutschen Arbeitgeberverbände, der Deutschen Bischofskonferenz, der Evangelischen Kirche in Deutschland, dem DGB, dem Deutschen Kulturrat, dem Deutschen Naturschutzring, dem Deutschen Olympischen Sportbund, dem Koordinationsrat der Muslime und dem Zentralrat der Juden in Deutschland. Ich zitiere aus dem Aufruf dieser Allianz:

„Die menschenwürdige Aufnahme von Flüchtlingen, ihre Integration und die Verhinderung von sozialer, kultureller und gesellschaftlicher Spaltung sind eine Gemeinschaftsaufgabe. Bund, Länder und Kommunen, Wirtschaft und Gewerkschaften, Kirchen und Religionsgemeinschaften, Organisationen der Wohlfahrtspflege sowie die gesamte Zivilgesellschaft müssen auch weiterhin Verantwortung tragen. Wir sind überzeugt, dass wir die großen Herausforderungen, vor denen wir stehen, gemeinsam bewältigen können.“

Wir als rot-grüne Regierungsfractionen teilen diese Überzeugung. Deswegen haben wir diesen Antrag auf den Weg gebracht, und wir meinen es ernst, meine Damen und Herren. Nehmen Sie das bitte ernst! Lassen Sie uns gemeinsam die notwendigen Schritte für die Aufgaben beschreiben und um die besten Lösungen ringen. Das erwarten die Menschen in Nordrhein-Westfalen von diesem Haus. Deswegen sollte dieses Signal und keine Irritation heute von hier ausgehen.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Frau Beer. – Nun spricht für die Landesregierung noch einmal Herr Minister Schmeltzer.

Rainer Schmeltzer, Minister für Arbeit, Integration und Soziales: Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe den Reden in den letzten knapp zwei Stunden sehr intensiv Gehör geschenkt. Ich sehe sehr wohl in den Diskussionsbeiträgen, die aus dem Parlament kommen, und auch aus den Änderungsanträgen, die ich jetzt zwischendurch quergelesen habe, sehr konstruktive Ansätze, dass – das

wurde in vielen Redebeiträgen deutlich, aber leider nicht in allen – sehr intensive Bemühungen bestehen, an das anzuschließen, was 2001 im Parlament – ich kann das beurteilen, weil ich schon dabei war – beraten und beschlossen wurde.

Wer sich die Integrationsoffensive von 2001 ansieht und bis zum Schluss intensiv durchliest, wird feststellen, dass an der einen oder anderen Stelle auch zum Ausdruck kommt, dass es unterschiedliche Wahrnehmungen seitens der Fraktionen gegeben hat. Sie wurden in dem damaligen Antrag genau festgehalten, damit man deutlich macht, dass es hier und da unterschiedliche Ansichten gibt.

Diese Gemeinsamkeiten von 2001, 2006 und 2012 waren gute Grundlagen dafür, dass wir in der heutigen Zeit, die wir letztes Jahr um diese Zeit nicht vorhersehen konnten, gemeinsam einen Plan angehen, wie es vielfach diskutiert wurde.

Ich will nur auf einige wenige Punkte eingehen. Sehr beeindruckt – ich meine das nicht hämisch und schon gar nicht ironisch – haben mich die Ausführungen vom Kollegen Stamp. Viele von uns wissen, dass der Kollege Stamp neben seiner Abgeordnetentätigkeit sehr aktiv in Sachen Flüchtlingsarbeit unterwegs ist. Davor gilt es, den Hut zu ziehen. Er hat noch einmal deutlich gemacht, dass hier tatsächlich etwas Konsensuales die Zielrichtung sein soll.

Ich will das nicht alles wiederholen und auch überhaupt nicht eine kritische Auseinandersetzung beginnen. Ich will aber etwas ansprechen – Herr Kollege Stamp, das soll nicht belehrend klingen; ich will das ausdrücklich dazusagen –, nämlich dass einige Wege verdammt lang sind. Das ärgert mich persönlich auch; ich sage das ganz deutlich. Sie haben unter Punkt 16 in Ihrem Änderungsantrag unter anderem – ich nenne das abgekürzt – die 3-plus-2-Regelung angesprochen. Sie wird schon seit Frühjahr bzw. frühem Sommer 2015 an vielen Stellen diskutiert. Die vielen Wege der 3-plus-2-Regelung wurden in der Wirtschaft, in der Politik, auf der Arbeitsebene der Ministerien und in der ASMK diskutiert. In der Großen Koalition hat es dann die Einigung gegeben.

Wenn Sie meiner Rede gelauscht haben – Herr Stamp, ich bin überzeugt, dass Sie das getan haben –, wissen Sie: Ich habe mich auf die Statusfragen zurückgezogen, bei denen man sich jetzt – so nenne ich das mal – auf Bundesebene kebbelt. Dabei gibt es also wieder ein Hindernis. Deswegen war mein Appell an den Kollegen Laschet, auf die Unionsfraktion in Berlin Einfluss zu nehmen, dass so etwas wekommt. Die Einigung, dass man das will, dauert zu lange. In der ASMK haben alle Bundesländer bis auf ein Bundesland, das ich nicht namentlich nennen will – jeder kann sich seinen Teil denken –, frühzeitig eine Einigung herbeigeführt.

Ich will auch noch einmal deutlich machen, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen,

dass vieles – das ist jetzt zum Ausdruck gekommen – natürlich vom Bund abhängig ist. Ich habe es begrüßt und ich bleibe bei diesem Begrüßen, dass einiges in der Bund-Länder-Koordinierung bzw. der Bund-Länder-Arbeitsgruppe mit der Bundeskanzlerin sowie den Regierungschefinnen und Regierungschefs vereinbart wurde. Aber vieles funktioniert nur in einem koordinierten Verfahren. Wenn die Zahnräder nicht ineinandergreifen, funktioniert die Uhr nicht. Deswegen ist es gut, dass dort jetzt endlich Bewegung hineinkommt. Es ist gut, dass es den Entschließungsantrag im Bundesrat gegeben hat. Es ist gut, dass es den Aufschlag mit diesem sehr umfangreichen Antrag gegeben hat, der eine Einladung mit fünf Handlungsfeldern ist, über die man sich streiten kann.

Streit ist okay in diesem Zusammenhang. Deswegen ist es gut, dass die Fachausschüsse darüber beraten. Deswegen ist es nicht gut, Frau Kollegin Güler, dass ich diesen Kompromisswillen ausschließlich bei Ihnen eben nicht gehört habe. Da ging es um ein pressewirksames Unterstellen einer Umarmungsstrategie der SPD.

Ich erinnere an die Integrationsausschusssitzung am 13. Januar, die leider unter Ausschluss der Öffentlichkeit stattgefunden hat, weil wir zu einem Zeitpunkt tagten, zu dem die Presse nicht zu uns kommt. Ich habe dort vorgestellt, was wir für die Integration machen. Ich habe im Übrigen – was Sie eben gesagt haben, ist die Unwahrheit – vorgestellt, was wir auf den Weg bringen in Sachen Integrationskursen, in Sachen Öffnung, in Sachen Qualität, in Sachen Quantität. Sie haben mich anschließend in dieser Sitzung gelobt. Ich musste die Frage beantworten, was ich gemacht habe, dass mich Frau Güler lobt. Sie haben mich gelobt und gesagt, die Inhalte seien richtig. – Richtig ist auch: Die Pressemitteilung, die eine halbe Stunde später herauskam, enthielt exakt das Gegenteil von dem, was Sie im Integrationsausschuss gesagt haben.

(Zurufe von der SPD)

Daher: Pressewirksam in der Integrationspolitik sind nur Sie, Frau Güler. Das ist nicht gut für einen Konsens, den wir anstreben.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsident Oliver Keymis: Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage von Frau Güler?

(Michele Marsching [PIRATEN]: Zwischenfrage? In der Unterrichtung?)

Rainer Schmeltzer, Minister für Arbeit, Integration und Soziales: Nein, nein, nein.

Vizepräsident Oliver Keymis: Keine Zwischenfrage. – Bitte schön.

Rainer Schmeltzer, Minister für Arbeit, Integration und Soziales: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Plan geht nur auf, wenn der Bund mehr Mittel zur Verfügung stellt. Das hat Frau Güler eben gesagt. – Richtig, Frau Güler! Dann sagen Sie Ihrem Bundesfinanzminister, er solle das nicht blockieren. Er blockiert die Mittel, die der Bund, die Länder und die Kommunen dringend benötigen. Er sagt: Finanziert das aus euren eigenen Ressorts. – Er sagt: Kommunen, ihr bekommt nicht mehr. – Die KdU-Mittel müssen erhöht werden, wenn die Flüchtlinge in den SGB-II-Bereich kommen. Sie gehen auf dem Zahnfleisch.

(Beifall von der SPD)

Sagen Sie nicht hier im Parlament, der Bund müsse mehr geben. Sagen Sie das Ihrem Finanzminister im Bund; das ist die richtige Adresse.

Meine Damen und Herren, die Diskussion, die in den anschließenden Ausschusssitzungen geführt werden wird, wird sehr umfangreich werden. Ich habe in der Unterrichtung Verschiedenes vorgestellt. Ich will das kurz wiederholen, weil Herr Kuper gesagt hat, wir hinkten hinterher.

Wir sind die Einzigen mit einem Teilhabe- und Integrationsgesetz mit vorausschauender, aktivierender und unterstützender Integrationspolitik.

Wir sind das einzige Bundesland, das eine integrationspolitische Infrastruktur mit den kommunalen Integrationszentren aufgebaut hat. Das hat kein Bundesland. Das haben sie noch nicht einmal auf dem Plan.

Wir sind die Einzigen, die einen intensiven Dialog mit den muslimischen Gemeinden führen, und wir haben das bundesweit mit auf den Weg gebracht. Dafür war man uns dankbar.

Wir aus Nordrhein-Westfalen waren es, die zentrale integrationspolitische Initiativen auf den Weg gebracht haben. Ich denke nur an die Öffnung der Integrationskurse für Asylbewerber. Ich denke nur an die Verbesserung der Ausbildungs- und Arbeitschancen für Asylbewerber und Geduldete, „3 plus 2“ war im Übrigen auch eine Initiative von Nordrhein-Westfalen. Ich denke an den Landesintegrationsrat, den es in dieser Form in keinem anderen Bundesland gibt. Ich denke natürlich an die Migrantenselbstorganisation in ihrer Rolle als Interessenvertretung, die wir permanent stärken und stützen.

Ich denke aber auch an die Sprachkurse, die in dieser Form ebenfalls kein anderes Bundesland hat, an die Basissprachkurse, die wir über „Early Intervention NRW+“ auf den Weg gebracht haben. Ich denke an die alltagsorientierten Sprachkurse aus dem

Ressort der Kollegin Löhrmann. Ich denke an die Integration Points. Wir werden gefragt: Wie habt ihr das mit den kommunalen Spitzenverbänden und mit der Regionaldirektion hinbekommen? Wenn es nur eine BA-Angelegenheit wäre, hätten wir es in 16 Ländern. Aber wir haben es nur in Nordrhein-Westfalen.

Ich denke an das Programm von Mike Groschek „Hilfen im Städtebau für Kommunen zur Integration von Flüchtlingen“. Ich denke an die elektronische Gesundheitskarte. Jeder dritte Flüchtling kommt in diesen Genuss. Ich denke an die Defizitbehandlung aus dem Ressort der Kollegin Kampmann, wenn es um Brückenprojekte und Ähnliches geht. Ich denke an die Strukturen für Beratung, Sprache und Fachkurse bei der Kollegin Schulze. Ich denke an die 5.700 Lehrerstellen.

Herrn Kollegen Kuper sehe ich jetzt nicht mehr. – Entschuldigung, Herr Kollege Kuper. Ich hatte Sie im rechten Winkel gesucht. Dass Sie so weit nach links gerutscht sind, hätte ich nicht vermutet.

(Vereinzelt Beifall von der SPD)

Das sind alles Dinge, die wir schon auf den Weg gebracht haben. Lassen Sie uns dort anknüpfen. Lassen Sie uns eine Diskussion in allen Ausschüssen führen,

(Zuruf von der CDU)

streitig und kritisch, ja – aber lassen Sie uns an 2001, an 2006 und an 2012 anknüpfen. Das waren gute Jahre für die Integration in Nordrhein-Westfalen.

Ich gehe davon aus: Wir werden auch ein gutes Jahr 2016 mit einem gemeinsamen Integrationsplan hinbekommen, den dieses Haus gemeinsam mit der Landesregierung erstellt. Das ist ein gutes Zeichen für das Land Nordrhein-Westfalen und ein gutes Zeichen in alle anderen 15 Bundesländer. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Minister Schmeltzer. – Für die FDP-Fraktion hat sich noch einmal Herr Kollege Dr. Stamp zu Wort gemeldet.

Dr. Joachim Stamp (FDP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich hörte gerade schon einen Seufzer. Deswegen sage ich Ihnen, dass ich meinen Beitrag ganz kurz halten möchte.

Herr Schmeltzer, Sie haben eben einen Punkt angesprochen, den ich für uns doch noch einmal geradeziehen möchte. Es geht um die Bleiberechtsregelung in Ausbildung „3 plus 2“. Das ist eine der Forderungen gewesen, die wir hier aufgestellt haben und die von Rot-Grün im vergangenen Jahr abgelehnt worden

ist. Wenn wir zu gemeinsamen Ergebnissen kommen wollen, muss sich das ändern. Wir brauchen einen fairen Umgang miteinander. Dann können wir uns darüber unterhalten. – Danke schön.

(Beifall von Dirk Wedel [FDP])

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Dr. Stamp. – Jetzt hat sich Frau Kollegin Güler zu Wort gemeldet.

Serap Güler (CDU): Herr Präsident, liebe Kollegen! Herr Minister Schmeltzer, dass Sie das, was Sie in der ersten Runde schon gesagt haben, hier noch einmal erwähnen müssen, zeigt eigentlich, wie es um die Integrationspolitik in unserem Land wirklich bestellt ist. Wenn Sie in die zweite Runde gehen und dann doch nur Ihre erste Rede wiederholen

(Minister Rainer Schmeltzer: Quatsch!)

– das haben Sie getan –, zeigt das Ihre Einfallslosigkeit, die mittlerweile auch zu einem Zeichen der Integrationspolitik in Nordrhein-Westfalen geworden ist.

Sie stellen sich hierhin und sagen: Frau Güler, Sie sagen die Unwahrheit. – Das heißt im Klartext, dass ich lüge. Dann müssen Sie auch sagen, wo, Herr Minister.

(Minister Rainer Schmeltzer: Das habe ich gesagt!)

– Herr Minister Schmeltzer, Sie sagten gerade, ich sage die Unwahrheit. Ich sage nicht die Unwahrheit, nur weil ich anderer Meinung bin als Sie. Ich habe auch Ihren Plan nicht kritisiert. Ich habe gesagt, wir haben darin viele Anträge von uns gefunden, weshalb ich ihn schon automatisch nicht kritisieren würde.

Ich bitte Sie, sich auf Ihre eigenen Kompetenzen zu konzentrieren. Machen Sie nicht immer die Hand Richtung Berlin auf. Schauen Sie auf Ihre eigenen Kompetenzen und darauf, was wir hier selbst leisten können – es sei denn, Sie sind sich darüber im Klaren, keine eigenen Kompetenzen zu haben. Das hieße aber, dass Sie dieses Land Nordrhein-Westfalen integrationspolitisch kleiner machen, als wir es sind.

(Beifall von der CDU – Zuruf von Ingrid Hack [SPD] – Sigrid Beer [GRÜNE] meldet sich zu einer Zwischenfrage.)

– Frau Beer, ich lasse Ihre Zwischenfrage gerne zu. Ich möchte nur den Satz zu Ende sprechen.

Was die kommunalen Integrationszentren betrifft, Herr Schmeltzer: Diese haben Sie mehrmals erwähnt.

(Zuruf von der SPD)

Keiner bestreitet, dass sie eine gute Arbeit leisten. Aber ich möchte an dieser Stelle mal Elisabeth Lindenhahn zitieren. Das ist eine Ihrer Parteifreundinnen aus dem Kreis Borken, die sich entsetzt darüber gezeigt hat, wie groß die bürokratischen Hürden bei den Kommunalen Integrationszentren sind. Vielleicht setzen Sie sich mal dafür ein, dass die Arbeit der Menschen vor Ort, die mit den Kommunalen Integrationszentren arbeiten, erleichtert wird,

(Zuruf von Marc Herter [SPD])

statt sich hierhin zu stellen, sich aufzublasen und über „Integration Points“ und „Early Intervention“ zu sprechen. Das sind alles Dinge, die Sie nicht erfunden haben, die nicht auf die Landesregierung zurückzuführen sind! Das waren Ideen der Arbeitsagentur. Sie schmücken sich hier mit fremden Federn. Das ist ein Punkt, den wir nicht einfach so stehenlassen wollen.

(Vereinzelt Beifall von der CDU und der FDP)

Jetzt bin ich mit meinen Ausführungen fertig und für eine Zwischenfrage bereit.

Vizepräsident Oliver Keymis: Es gibt keine Zwischenfragen in einer Unterrichtung. Wir haben uns gerade noch einmal kundig gemacht.

(Zuruf von Sigrid Beer [GRÜNE])

– Frau Beer weiß Bescheid. – Aber Ihre Redezeit ist abgelaufen, Frau Güler.

(Vereinzelt Beifall von der CDU)

Vielen Dank für Ihren Beitrag. – Als nächste Rednerin für die SPD-Fraktion hat sich Frau Kollegin Altenkamp zu Wort gemeldet.

Britta Altenkamp (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der von Ihnen hier eingeforderte faire Umgang, Herr Dr. Stamp, ist genau das, was wir mit dem sehr breiten Prozess vorhaben. Es geht tatsächlich darum, die Dinge miteinander zu bereden,

(Zuruf von der CDU)

Ideen zu haben und zu äußern. Es geht nicht darum, zu sagen, wer es erfunden hat. Das ist die hier geäußerte Sorge. Das sagen wir Ihnen auch zu.

Frau Güler, wenn ich Ihnen hier so zuhöre und Sie beobachte, kann ich nur eines sagen: Ich bin mir ziemlich sicher, wären Sie 2001 schon im Parlament gewesen, hätten wir keine gemeinsame Integrationsoffensive vereinbaren können; denn so, wie Sie mit Argumenten der Gegenseite umgehen, ist es sehr, sehr schwierig, überhaupt zu versuchen, Kompromisse zu finden.

(Zuruf von Serap Güler [CDU])

Kompromisse miteinander einzugehen bedeutet nicht, immer nur darauf zu beharren, dass man der Erste war, der etwas gesagt hat. Es bedeutet, irgendwann zu erkennen, dass der wichtigere Punkt die Gemeinsamkeit ist.

(Zuruf von der CDU: Und das von Ihrer Seite!)

Frau Güler, ich frage Sie ganz ehrlich: Sind Sie dazu bereit oder nicht? – Wenn Sie nicht dazu bereit sind, können Sie sich bei dem Kollegen Solf oder anderen erkundigen: Es hat auch schwierige Zeiten gegeben, bis wir zu dieser Integrationsoffensive 2001 gekommen sind. Es hat mit uns allen gemeinsam heftige Diskussionen darüber gegeben, wie wir uns mit dem Aktionsplan verhalten. Dennoch haben wir es geschafft. Die Frage, die ich Ihnen heute ganz persönlich stelle, lautet: Sind Sie dazu bereit, Kompromisse zu schließen? – Dieser Frage müssen Sie sich stellen, bevor Sie in diesen Prozess gehen.

Frau Güler, eines will ich Ihnen auch noch sagen. Sie können sich hier aufregen und sich über den Minister echauffieren. Das bleibt Ihnen unbenommen. Das ist Ihre Aufgabe hier im Parlament.

Aber eines bleibt auch: Der Satz, dass ohne den Bund nichts geht und der Erfolg dieses Plans ohne den Bund nicht zu machen ist, kam von Ihnen. Sie können das gleich im Protokoll noch einmal nachlesen.

(Zuruf von Minister Rainer Schmelzer)

Insofern kann es vielleicht sein, dass Sie bereuen, diesen Satz gesagt zu haben. Tatsache ist aber jedenfalls, dass der von Ihnen kam. Und wissen Sie was, Frau Güler? Das war fast das einzig Konstruktive und Richtige in Ihrem Wortbeitrag. Deshalb lege ich Wert darauf, dass es dabei bleibt.

(Beifall von der SPD – Zuruf von Minister Rainer Schmelzer)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Frau Altenkamp. – Es liegen mir keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit kommen wir zu drei Abstimmungen.

Erstens stimmen wir über den Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 16/11225 ab. Alle fünf im Landtag vertretenen Fraktionen haben sich zwischenzeitlich darauf verständigt, diesen Antrag an den Integrationsausschuss zu überweisen. Die abschließende Abstimmung soll dort auch über den Entschließungsantrag 16/11299 – Neudruck – in öffentlicher Sitzung erfolgen. Wer stimmt dieser Überweisungsempfehlung zu? – Gibt es Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Das ist beides nicht der Fall. Dann sind der **Antrag Drucksache 16/11225** und der **Entschließungsantrag Drucksache 16/11299 - Neudruck - einstimmig an den Integrationsausschuss überwiesen.**

Zweitens stimmen wir über den **Antrag** der Fraktion von SPD und Bündnis 90/Die Grünen **Drucksache 16/11229** ab.

Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung** dieses Antrags **an den Integrationsausschuss** – federführend –, an den **Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales**, den **Ausschuss für Bauen und Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr**, den **Ausschuss für Frauen, Gleichstellung und Emanzipation**, den **Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend**, den **Hauptausschuss**, den **Ausschuss für Europa und Eine Welt**, den **Haushalts- und Finanzausschuss**, den **Innenausschuss**, den **Ausschuss für Innovation, Wissenschaft und Forschung**, den **Ausschuss für Kommunalpolitik**, den **Ausschuss für Kultur und Medien**, den **Rechtsausschuss**, den **Ausschuss für Schule und Weiterbildung**, den **Sportausschuss**, den **Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt, Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz** sowie an den **Ausschuss für Wirtschaft, Energie, Industrie, Mittelstand und Handwerk**. Die abschließende Aussprache und Abstimmung soll nach Vorlage der Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses erfolgen.

Der **Änderungsantrag** der Fraktion der Piraten **Drucksache 16/11318** soll gemäß § 82 Abs. 4 unserer Geschäftsordnung **ebenfalls an die Ausschüsse verwiesen** werden.

Wer stimmt diesem Vorgehen so zu? – Gibt es dazu Gegenstimmen im Hohen Haus? – Gibt es Enthaltungen? – Beides war nicht zu erwarten, und damit ist das einstimmig so beschlossen.

Drittens stimmen wir über den **Antrag** der Fraktion der Piraten **Drucksache 16/11218** ab. Hier haben sich alle fünf Fraktionen des Landtags darauf verständigt, den Antrag **an den Integrationsausschuss** – federführend –, an den **Hauptausschuss** sowie den **Ausschuss für Schule und Weiterbildung** zu **überweisen**. Im federführenden Ausschuss soll dann in öffentlicher Sitzung die abschließende Abstimmung erfolgen. Wer stimmt diesem Verfahren zu? – Gibt es Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist einstimmig auch hier so verfahren.

Ich rufe auf:

2 Nordrhein-Westfalen muss umgehend Alternativen und Begleit-Maßnahmen zur Elektroauto-Kaufprämie initiieren

Aktuelle Stunde
auf Antrag
der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/11288

Die Fraktion der Piraten hat mit Schreiben vom 29. Februar 2016 gemäß § 95 Abs. 1 der Geschäftsordnung eine Aussprache zu diesem Thema beantragt.

Ich eröffne die Aussprache und erteile als erstem Redner vonseiten der antragstellenden Fraktion der Piraten Herrn Kollegen Bayer das Wort. Bitte schön.

Oliver Bayer (PIRATEN): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Werte Besucher hier und am E-Stream, Sie können auch gerne hier bleiben, es sei denn, Sie müssen jetzt schon auf die Autobahn, um sich vor dem Stau dort hinzustellen, oder Ihr Elektroauto aufladen.

Wir haben jährlich 50.000 Verkehrstote in Deutschland, und zwar durch Autoabgase, Feinstaub, und es kommen weitere Luftschadstoffe vor allem aus Dieselmotoren hinzu. In NRW gibt es ein um Vielfaches mehr Verkehrstote durch die Emissionen aus Verbrennungsmotoren als durch Verkehrsunfälle. Könnte es also ein legitimes Ziel der Politik sein, verhindern zu wollen, dass allein in NRW eine ganze Großstadt an den Folgen des Autoverkehrs stirbt, weil für sie eine Verkehrswende ein Jahrzehnt zu spät kommt? Das ist eine Frage. Das gehört auf den Tisch.

Was sind denn die Ziele? Was sind denn die Möglichkeiten? Wo ist der politische Wille? Hat NRW hierzu etwas zu sagen? Natürlich hat NRW etwas zu sagen, also raus damit! Welche Priorität hat das Ziel Gesundheitsschutz, und welche Prioritäten haben Umweltschutz oder Klimaschutz? Der spürbare Beitrag des Verkehrssektors steht beim Klimaschutz noch aus, und NRW hat ja das Klimaschutzgesetz.

Was ist mit einer dauerhaft finanzierbaren Verkehrsinfrastruktur, die gleichzeitig zu den Verkehrsmitteln und der Gesellschaft der Zukunft passt? Was ist mit sozialen Zielen? Es sollte kein Luxus sein, den eigenen Häuserblock zu verlassen und von A nach B zu kommen. Doch ein eigenes Elektroauto ist Luxus.

Was ist mit der Wirtschaftsförderung? Wen oder was fördern ist das Ziel? Man könnte Mobilitätsanbieter fördern, Bus und Bahn, Hersteller umweltfreundlicher Busse, die Elektromobilität auf der Schiene und die Unternehmen, die die Ladeinfrastruktur bereitstellen. Man könnte auch den Radverkehr ausbauen und mittelständische Fahrrad- und E-Bike-Hersteller in NRW fördern. Eine Wirtschaftsförderung für neue Geschäftsfelder wäre vor allem ein neuer, nachhaltiger Fokus der Verkehrsinfrastruktur auf Carsharing, Fahrrad, Bus und Bahn.

Nun ist es ja nicht so, dass die Automobilindustrie in Deutschland keine politische Unterstützung bekäme. Leider ist die Unterstützung von der Lenkungswirkung her jedoch fatal: Die Pendlerpauschale führt zur Zersiedelung, die Steuer- und Firmenwagenpolitik zu